

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,50 Goldmark...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“...

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Standardzeile 0,70 Goldmark...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 8. Oktober 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Richtlinien des Reichskanzlers.

Antwort bis heute abend erbeten.

Die vom Reichskanzler als Grundlage für die weiteren Verhandlungen in der Regierungsfrage...

Der Reichskanzler will die Fraktionen bitten, ihm bis heute abend 8 Uhr über ihre Stellungnahme...

Der Reichskanzler will also die Frage, welche Parteien mit welchen Parteien zusammengehen wollen...

Als Herr Marx mit den Parteiführern seine akademischen Unterhaltungen über die „Volksgemeinschaft“...

num die Sozialdemokraten auf diesen Reim nicht trocken, gab es ungeheures Erstaunen...

Wenn die Deutschnationalen in ihrer Presse schreiben, sie dächten gar nicht daran, die Mitverantwortung für London zu übernehmen...

In einem Artikel der „Germania“, der von der Redaktion mit kritischen Bemerkungen begleitet wird...

Sollte die Absicht des Reichskanzlers Marx, eine Koalition von Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten zu schaffen...

Dieser Zentrumsabgeordnete bestätigt also, daß gewisse Kreise auch des Zentrums nur auf das Rein der Sozialdemokraten warten...

Für Humor sorgt der wieder heimgekehrte Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“, Herr Paul Baedeker...

Berner Konferenz.

Thomas über die Abmachungen der Arbeitsminister.

Genf, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Dem Vertreter des „Vorwärts“ in Genf gab der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Genosse Albert Thomas...

Sie wollen wissen, was das Internationale Arbeitsamt zu tun versucht, um die Ratifizierung des Abkommens von Washington zu erreichen...

Unsere wesentliche Aufgabe besteht darin, die Einwendungen zu beseitigen, die man uns gegenüber erhebt...

Um die Staaten zu bewegen, sich auf dieser Mittellinie zusammenzufinden, haben wir sozusagen nur ein starkes Mittel: versuchen, sie zu überzeugen...

Die Konferenz hat das wesentliche Ergebnis gehabt, die Regierungen, die bisher zauderten, das Abkommen von Washington anzunehmen...

Auf die Frage, ob in Frankreich der Achtstundentag genau durchgeführt ist, und welche Erfahrungen dort mit dem Achtstundentag gemacht wurden...

Ich bin froh, daß Sie diese Fragen an mich stellen, denn man hat sehr oft die von Frankreich eingenommene Haltung...

Macdonalds Kampfanfrage.

Gegen Bürgerintrigen und Moskowitertüherei - für Solidarität mit den deutschen Arbeitern.

London, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Parteitag der Labour Party wurde heute Dienstag in Anwesenheit...

Die niedrige Lebenshaltung in Deutschland sei nicht nur eine Bedrohung für Zentraluropa, sondern für die Lebenshaltung der Arbeiterschaft in allen übrigen Ländern.

In schärfsten Worten wendete sich Macdonald gegen die Kommunisten. Niemals sei es der Arbeiterbewegung notwendig gewesen, die Stimme der Demokratie zu erheben...

In Befprechung der augenblicklichen Lage nannte Macdonald den liberalen Antrag eine Beschimpfung der Regierung...

Komme es zu Wahlen, so treffe die Verantwortung andere. Die Wahlen sollten denen Antwort bringen...

Einmütig sprach der Kongress Macdonald und seiner Regierung das vollste Vertrauen aus. Er verspricht im Namen der organisierten Arbeiterschaft...

Der König will nicht auflösen!

London, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Es ist bekannt, daß sowohl von liberaler wie konservativer Seite der König seit einiger Zeit beeinflusst wird...

Eine Bestätigung dieser Gerüchte fehlt natürlich. Man spricht davon, daß den Liberalen ein Wahlkampf im gegenwärtigen Augenblick besonders unangenehm ist...

Umfall der Liberalen?

London, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Obgleich Macdonalds Rede allgemein als Auftakt des Wahlkampfes gewertet wird, sprechen politische Kreise neuerdings von einer möglichen Vermeidung des Krisenausbruchs...

ganze Heberstunde, die auf andere Tage im Jahre verteilt ist. Wesentliches Merkmal ist noch anzuführen, daß die englische Arbeitswoche, d. h. die verkürzte Arbeitszeit am Sonnabend, die die Sonntagsruhe um einen halben Tag verlängert, im allgemeinen in Frankreich durchgeführt ist. Daher kommt es, daß in gewissen Fabriken gewöhnlich 9 und manchmal 9 1/2 Stunden während der ersten fünf Wochentage gearbeitet wird, woraus man im Ausland die Schlußfolgerung zieht, daß der Achtstundentag in Frankreich nicht durchgeführt ist. In Wirklichkeit hat der französische Arbeiter im Durchschnitt während des ganzen Jahres eine Arbeitszeit von 48 Stunden wöchentlich.

Man muß sich Rechenschaft ablegen, welche ungeheure Tragweite diese Reform in Frankreich hatte. Der französische Arbeitsminister Godard war berechtigt, ihre Ergebnisse zu rühmen. Vor dem Krieg war die Arbeitszeit im Durchschnitt in Frankreich länger als in Deutschland. Die seitdem durchgeführte Verkürzung ist sehr bedeutend. Die Ausnahmen, die das französische Gesetz vorsieht, sind mit dem Wortlaut und dem Geist des Abkommens von Washington wohl in Übereinstimmung zu bringen. Ist denn das Abkommen von Washington im übrigen nicht dem Wortlaut des französischen Gesetzes nachgebildet worden? Die französische Regierung ist überzeugt, das Abkommen ratifizieren zu können, ohne verpflichtet zu sein, die bestehende Gesetzgebung abändern zu müssen. Das Internationale Arbeitsamt ist nicht beauftragt, das Abkommen auszuliegen, und sein Verwaltungsrat hat dies immer strikte abgelehnt, um so weniger darf es der Direktor. Aber in dem Maße, in dem ich berufen bin, Auskünfte zu geben, glaube ich sagen zu können, daß es genügen würde, wenn ein Staat sich die französische Auslegung zu eigen macht, um ohne Unannehmlichkeiten für ihn das Abkommen von Washington ratifizieren zu können. Im übrigen ist dies eine Angelegenheit der vertragsschließenden Parteien.

Unter diesen Umständen glaube ich nicht, daß es für die ratifizierenden Staaten von großem Nutzen ist, fortgesetzt den Artikel 14 des Abkommens anzuziehen, um ihre Rechte wahrzunehmen. Obwohl man mir, ich weiß nicht warum, die Vaterschaft dieser Doktrin zuschreibt, glaube ich nicht, daß der Artikel 14 in den meisten Fällen der Ausführung des Abkommens in Wirkung tritt. Nach meiner Auffassung könnte sich die deutsche Regierung weit zweckmäßiger auf andere Artikel des Abkommens, besonders auf den Artikel 6 (bezieht sich auf Arbeiten, die ihrem Wesen nach regelmäßig vorübergehende Unterbrechungen erfahren) berufen, um die Möglichkeit zu haben, Ausnahmen in Fällen außerordentlicher Arbeitshäufung festzusetzen.

Wir sind noch nicht am Ziele, schloß der Direktor des Arbeitsamtes seine Ausführungen, aber ich glaube sagen zu können, daß wir uns ihm erheblich genähert haben, und ich hoffe bestimmt, daß dieses Ziel auch erreicht wird.

Jetzt hat der Deutsche Reichstag das Wort, dem die Reichsregierung, nach der Erklärung des Reichsarbeitsministers, die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens wohl sofort bei seinem bevorstehenden Wiedersammentritt vorschlagen wird.

## Ein Interview mit dem Henker.

Die Toten schweigen, die Mörder reden.

Einen Monat nach Ausbruch des Georgischen Aufstandes ist der Moskauer Korrespondent des „Berliner Tagesblattes“, Herr Paul Scheffer, in Tiflis erschienen und berichtet nun über den Charakter und die Ursachen des Aufstandes. Das Beginnen ist löblich, aber der Wert dieses Berichtes, der in großer Aufmachung im „Berliner Tagesblatt“ erschienen ist, wird dadurch gekennzeichnet, daß er sich ausschließlich auf die Angaben der derzeitigen Herrscher Georgiens stützt, die mit dem blutigsten Mittel den Aufstand niedergeworfen haben und nun zu der Blutjustiz noch die infamste Verleumdung hinzufügen.

Herr Scheffer hat bereits vor kurzem unliebsames Aufsehen erregt, indem er sich in der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zum Sprachrohr des russischen

Außenkommissariats machte. Jetzt hat er sich selbst übertrifft, indem er kritisch die Informationen übernimmt, die ihm Orgjenidse, der Leiter der bolschewistischen Strafexpeditionen, und Magilewki, der Chef der kaukasischen Tscheta, mitgeteilt haben. Diese Informationen der bolschewistischen Henker erscheinen ihm wertvoll genug, um sie dem deutschen Publikum als objektives Tatsachenmaterial zu unterbreiten und auf Grund ihrer den georgischen Aufstand als ein Unternehmen zu kennzeichnen, das von westeuropäischen sozialistischen Kreisen im Bunde mit ausgesprochenen Imperialisten in Szene gesetzt worden sei.

Diese Version, die seit Wochen in der Sowjetpresse wiederholt wird, wird nun, gestützt auf die Autorität des Henkers Orgjenidse, auch im „Berliner Tagesblatt“ vertreten, das sich auf diese Weise zum Sprachrohr der kommunistischen Tscheta in Georgien gemacht hat. Wenn etwas in diesem Berichte von Interesse ist, so ist es die zynische Erklärung des Leiters der Tscheta, Magilewki, daß unmittelbar nach Ausbruch des Aufstandes 44 schon seit längerem in Tiflis gefangen gehaltene „Schuldige“ erschossen wurden und daß insgesamt etwa 320 Erschießungen infolge des Aufstandes stattfanden. Bisher sind bekanntlich diese Massenhinrichtungen von der kommunistischen Presse geleugnet worden. Jetzt werden sie vom Chef der kaukasischen Tscheta offiziell zugegeben, der unter Hinweis darauf, daß im Publikum ganz andere Zahlen verbreitet seien, zynisch erklärte: „Um so besser!“ Dieses Geständnis der bolschewistischen Henker wird nicht dadurch gemildert, daß sie fortgesetzt versuchen, die seit langem gefangen gehaltenen Führer der georgischen Sozialdemokratie, die von ihnen erschossen wurden, als die Schuldigen an dem Aufstande hinzustellen. Wir haben bereits auf Grund sowjetamtlichen Materials den Beweis erbracht, daß gerade die ermordeten sozialdemokratischen Führer verschiedene Gegner des Aufstandes waren und selbst vom Aufstande aus ihre Anhänger warnten, sich an einer Aufstandsbewegung zu beteiligen. Wenn jetzt von bolschewistischer Seite das Gegenteil behauptet wird, so kann das nur als vergeblicher Versuch der Mörder gewertet werden, die ungeheure Blutschuld von sich abzumälen.

Zur Kennzeichnung der Berichterstattung des Herrn Scheffer sei noch hinzugefügt, daß sein Hauptgewährsmann Orgjenidse seit der Okkupation Georgiens eine solche Gewalt Herrschaft dort ausübt, daß selbst Lenin in seinen Briefen an Trotzki vom Dezember 1922 verlangte, daß Orgjenidse „exemplarisch bestraft“ und aus Georgien entfernt werde. Dies ist nicht geschehen, vielmehr hat dieser Bluthund jetzt die Möglichkeit erlangt, sich an den gefangenen Mitgliedern des georgischen sozialdemokratischen Zentralkomitees dafür zu rächen, daß sie ihn im Jahre 1907 wegen Beteiligung an Banditenüberfällen aus der Partei ausschlossen. Von solchem Schicksal sind die Gewährsmänner des Herrn Scheffer, deren Informationen ihn zu dem Urteil verleitet haben, daß der Aufstand in Georgien auf einem „merkwürdigen Bündnis zwischen Geschäfts-Imperialismus und Sozialismus“ beruhe.

## Helft den russischen Gefangenen!

Appell an die Demokratie Westeuropas und an die Sowjetregierung.

Aus den russischen Kerkeren bringt ein Verzweiflungs- und Hilfeschrei nach Westeuropa herüber, der nicht ungehört verhallen darf, wenn nicht das Wort Menschlichkeit ein leerer Wahn sein soll.

Auf den Solowjeff-Inseln im Weißen Meer, im Bezirke des nördlichen Polarkreises, sind man schon im zweiten Jahre mehr als 400 russische Sozialisten interniert, die juchend unter dem mörderischen Klima, der mangelhaften Ernährung und der brutalen Behandlung leiden. Nach den an die Auslandsdelegation der Sozialdemokratischen Partei Russlands gelangten Nachrichten sind 45 Proz. der Gefangenen an Sforbut und Tuberkulose erkrankt.

Wenn ich nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr nochmals mein Plätzchen aufsuche, kommt regelmäßig ein Herr, anscheinend ein wohlhabender Kaufmann, mit seinem etwa fünfjährigen Jungen. Er läßt das Kind nicht von der Hand, noch niemals habe ich es herumspringen sehen. Beide sehen sehr korrekt aus, Vater wie Sohn. Alles an ihnen ist „wie gelebt“. Ich denke nur: Armes Kind! Was soll aus dir je werden? Ihr Eltern, gebt euern Kindern Kameraden! Jedes Geschöpf sucht doch Gemeinschaft mit seinesgleichen und wird erst dann seiner selbst ganz froh! Erst im Verkehr mit Menschen gleichen Alters und gleicher Entwicklungsstufe kann das Kind in natürlicher Weise aus sich heraus wachsen und gedeihen und jene Frische, jene Ursprünglichkeit und innere Lebensfülle behalten, die das Schönste an Menschen ist und allein eine wirkliche Persönlichkeit zu erzeugen vermag. So selbstverständlich das ist, so böse sieht es doch in manchen Elternköpfen aus. Wie richtig hatte doch demgegenüber ein einfacher Mann aus dem Volke, der an Sonntag vormittag mit seinem Kleinen über den Platz kam, seine Vaterstellung erfüllt! Trotz des Sonntagsanzugs machte der Junge beim Vater „Hudepud“, juchzte in die Welt hinaus und strahlte übers ganze Gesicht, als der Vater ihn herunterholte und mit einem solennen Ruf auf den Boden setzte. Aus innerstem Gefühl heraus tat der Mann mit seiner Zärtlichkeit etwas, monach sah Kinder auch vom Vater, nicht nur von der Mutter, hin und wieder sehnen.

Zärtlichkeit! In jedem Wesen lebt eine geheime Sehnsucht danach! Schenkt sie euern Kindern, schenkt ihnen Liebe und Wärme in Form der Zärtlichkeit, sonst werden sie ebenso hart, verbissen, mit sich zerfallen, wie ihr Eltern es oft seid! Freilich soll Zärtlichkeit mit Maß angewandt werden und nicht in Süßlichkeit und fortwährende Lätzchelei ausarten.

Dah man überhaupt in der Anweisung an kindliche Art auch des Guten zu viel tun kann, das zeigte mir ein Vater, der sich einmal mit seinem vierjährigen, frisch in die Welt blühenden Knirps neben mir niederließ. Auf alle Fragen des Kleinen ging er liebevoll ein, aber er tat das in einer Sprachform, d. h. in einer gemächlichen kindlichen Sprache, die für einen Ein- oder Zweijährigen gepaßt hätte. Zweifellos hatte der gutmütige Herr sich seinerzeit ganz auf den „Jargon“ des Ein- oder Zweijährigen eingestellt, aber ein verweisen, was Eltern überhaupt niemals verfehlen sollten, daß nämlich aus Kindern Leute werden.

Guter Wille, ein wenig Nachdenken und die Beobachtung des Rohelgegenden und Selbstverhältnisses: die Vereinerung dieser drei Dinge erspart den Eltern jedes nadaquigliche Sotem, aber auch viel Ärger; unseren Kindern kann sie nur zum Segen werden.

## Z. R. 3 fährt nach Amerika.

Von Fritz Müller, Chemnitz.

Der Zahlenmensch: ... und dann beträgt die größte Breitenausdehnung des Luftschiffes 28 Meter. Es könnte also nur in folgenden Straßen unserer Stadt (Schulstraße) ...

Der Schieber: Schade, daß wir keine Zepeline mehr bauen dürfen! So ein Ding zu verschleppen, das wäre Sache!

Der Taschendieb: Aber heute habe ich Geschäfte gemacht! Die Welt guckt so in die Luft und niemand achtet auf seine Taschen!

3 Gefangene wehrlos gemordet, 6 Gefangene Ende vorigen Jahres aus dem wichtigsten Anlaß von der Wache erschossen worden!

Die Zustände in den überfüllten Kerkerzellen, einem alten, ehemaligen Kloster, waren bereits vor Monaten so fürchterlich geworden, daß die Gefangenen erklärten: „Wir werden diesen zweiten Winter nicht überleben“ und — vergebens! — in den Hungerstreik eintreten. Vergebens auch erhoben sie die flehenhafte Forderung, irgendwo andershin transportiert zu werden, um nicht in dem dumpfen, eisigen Kerker bleiben zu müssen. Die bolschewistische Regierung hat vielmehr seitdem mehrere Hunderte politischer Gefangener nach den Solowjeff-Inseln und den noch weiter nördlich liegenden Inseln geschickt, die dort dem gleichen Schicksal des langsamen Verhungerns und Erfrierens preisgegeben sind.

Wir unterzeichnen sind der Meinung, daß diese Art der Internierung und Behandlung politischer Gefangener — gleichviel, was ihnen die russische Regierung zur Last legen mag — gegen alle Gebote der Menschlichkeit und der politischen Moral verstoßt und deshalb den schärfsten Einspruch aller derer finden muß, die es für ihre Pflicht halten, gegen die Barbarei ihres Zeitalters anzukämpfen.

Wir übergeben deshalb diese skandalöse Behandlung politischer Gefangener dem Urteil der Öffentlichkeit und richten, zugleich im Namen aller Gleichgesinnten, die dringliche Aufforderung an die Sowjetregierung, schleunigst dafür zu sorgen, daß die Opfer einer solchen Barbarei nach einem geeigneteren Ort verbracht und einer Verpflegung und Behandlung würdig werden, die eines Kulturvolkes würdig sind.

Ferner bitten wir, ohne jeden Verzug eine Sammlung vorzunehmen, die es ermöglicht, für die Kranken und Entkräfteten so rasch wie möglich Lebensmittel und Kleidungsstücke zu beschaffen. Die Beiträge nimmt entgegen: Dr. Paul Herz, M. d. R., Charlottenburg, Neue Kanstr. 3.

Wir hoffen dringend, daß dieser doppelte Appell an die Sowjetregierung und die Freunde der Menschlichkeit in Westeuropa nicht ohne Erfolg bleiben wird!

Gez. Edward Bernstein, M. d. R., Hellmut v. Gerlach, Paul Herz, M. d. R., Karl Kautsky, Dr. Rudolf Hilferding, M. d. R., Paul Löbe, M. d. R., Heinrich Ströbel, M. d. R., Prof. Dr. Walter Schädling, M. d. R., Chefredakteur Stivin, Prof. Dr. h. c. Freiherr v. Schoenrich, Dr. Hugo Preuß, Reichsminister a. D., M. d. R., Paul Hirsch, Staatsminister a. D., F. Wadhwig de Wente, M. d. R., Graf Harry Rehler, Prof. Dr. Ludwig Duibbe, Otto Ruchte, M. d. R., H. Golap, Generalsekretär des Internationalen Verbandes der Friedensgesellschaften, Schweiz, Arno Holz.

## Potsdam als nationales Heiligtum.

Volksparteilicher Wortstoß.

Die volksparteilichen Abgeordneten Buchorn, Hoffmann und Held haben im preussischen Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht:

„Das Auftreten des französischen Pazifisten Bache hat auf weite Kreise des preussisch-deutschen Volkes wie eine Herausforderung gewirkt, denn Potsdam ist mehr als jede andere Stadt eine Art nationales Heiligtum, von dem Preußens Aufstieg in die Welt begonnen hat. Dori in dieser Zeit, da die Geister von Helden und Helden begreiflicherweise nach gegeneinander stehen, einen Franzosen sprechen zu lassen, bezeugt einen bedauerlichen Mangel an Verständnis aller an dieser Veranstaltung Beteiligten für die seelische Einstellung unseres Volkes. Ist das Staatsministerium dazu bereit, in Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß das preussisch-deutsche Nationalempfinden durch derartige Herausforderungen nicht unnötig wieder verletzt wird?“

Hoffentlich erteilt das Preussische Staatsministerium diesen Volksparteilern, die nichts Eiligeres zu tun hätten, als ihren befehlshörigen Befinnungsgelehrten den Rang abzukaufen, umgehend die gebührende Antwort: daß auch Potsdam kein Anrecht darauf hat, ausschließliches Paradeplatz der Holenkreuzler und Stahlhelmer zu sein.

## Elternsünden.

Von Dr. K. Weigel.

Man macht so seine Beobachtungen. Wenn ich früh zum Dienst gehe, führt mich mein Weg durch städtische Anlagen und über einen Schmuckplatz, in dessen Mitte ein Sandhausen für unsere Kinder thronet. Früh redt dieser seine künstlerisch geformte Spitze stolz in die Luft. Mittags, wenn ich zum zweitemal vorbeikomme, ist der Sandhausen meist bedenklich in die Breite gegangen. Die ganz Kleinen, die noch nicht schulpflichtig sind, haben ihn vormittags ja schon mehrere Stunden zugelebt. Es ist aber eine wahre Lust, wenn man sieht, mit welcher Ausdauer und Einbildungskraft die kleine Welt hier spielt. Daher setze ich mich gern für ein halbes Stündchen hin.

Wie oft schon konnte ich von meinem Plätzchen aus beobachten, daß sich eine Mutter mit Ueberredungstünsten, mit guten oder bösen Worten immer wieder bemüht, ihr Kind vom Spiel wegzubringen und zum Heimgehen zu bewegen, wenn die Stunde geschlagen hätte! Ich könnte eine Art Stufenleiter von Sünden zusammenstellen, die sich dabei abspielen, wenn vom Stimmchen der Gehorsam an bis zu einer an Rüpeln grenzenden Widerspenstigkeit. Auf die oft erörterte Frage des kindlichen Gehorsams sei hier nicht tiefer eingegangen, sondern nur auf eine Kleinigkeit hingewiesen: Vater und Mutter haben verpielt, wenn sich das Kind gewöhnt, auf eine gegebene Anordnung hin mit den Eltern zu „verhandeln“. Die beste Regel ist: Gib nicht zu viel Anordnungen, äußere dich kurz und bündig, überlege dir vorher genau, ob dein Befehl berechtigt ist, sage es dann ein mal, sage es auch zweimal, öfter nicht! Dafür dringe auf sofortige vorbildhafte Ausführung! Hat man das Kind von früh an in diese Richtung geleitet, so wird ihm der Gehorsam gegen die Eltern bald das Selbstverständliche sein, und es ist zwischen Kind und Eltern eine Reibungsfläche vermieden, welche die Eintracht in so vielen, besonders kinderreichen Familien empfindlich zu stören pflegt.

Ein anderes Bild! — — — Kommt da neulich ein Vater mit seinem Söhnchen quer über den Platz gegangen! Das Bürschchen ist kaum drei Jahre alt und bemüht sich aus Leibeshäften, mit dem vorwärtsstrebenden Vater Schritt zu halten, der in seiner Gedankenlosigkeit gar nicht sieht, wie sich der Kleine abquält, wie er trippelt und rennt, nur um mitzukommen. So eine Schinderei! Denke ich bei mir. Wie wenig wird von den Eltern doch in dieser Hinsicht auf die Kleinen Rücksicht genommen, deren Körper und Seele hier eine ungeheure Arbeit leisten muß!

Eine eigentlich selbstverständliche Forderung ist die, daß man als Erwachsener auf den Interessenkreis des Kindes so weit und so oft als möglich eingeht. Da kann man aber auf Straßen und Plätzen, besonders Sonntags, sein häusliches Wunder erleben! Zwar werden die Kinder mitgenommen, aber wenn sie nicht gerade Spielgefährten haben, hat kaum jemand für das, was sie von den Dingen in der Welt sehen, Interesse. Da unterhält sich der Vater mit der Mutter, mit dem Onkel, mit der Tante; das Kind bleibt mit seinem Interessenkreis unbeachtet oder wird gar „angefasnauzt“, wenn es wagt, die Unterhaltung der Großen mit seinen Fragen, Beobachtungen und Eindrücken zu stören!

Von den 12 Minuten, die Z. R. 3 zu sehen war, kann ich mindestens 12 Monate leben!

Der Deutschvölkische: Kein einziges Hakenkreuz war an dem Luftschiff angebracht! Keir Flieger brachte somit völkischen Sinn auf, dem Jepp — das klingt übrigens recht bedrückend! — nachzujugeln und ein paar Hakenkreuze dranzumalen!

Der Zahlkeller: Erst ging das Geschäft so sein. Auf einmal kam das Luftschiff. Da rüde alles ab und nur ein Drittel der Leute kam zurück und bezahlte die Sache. Da sieht man, daß nicht Politik — bei den Wahlveranstaltungen gibt es keine Zepeller! — sondern Luftschiffahrt den Charakter verdirbt!

Der Herr Oberstudienrat: Also, Jürgen, wenn ihr groß seid, ist es eure heiligste Pflicht, dieses stolze Luftschiff, das der Schmachtriede uns geraubt hat, zurückzuholen. Drum laßt uns das schöne Lied singen: Siegreich woll'n wir ... (Zuruf: Der Zeppelin steigt doch nicht nach Frankreich!) ...

Der Schüler: Ich wette um sonst was, daß wir morgen vom Zeppelin sprechen und einen Kuffag darüber schreiben müssen! Der Kommunist: (Telegramm) Frau Golke, Berlin, Reichstag, Anfrage, ob wir anfänglich Durchfahrt von Z. R. 3 hoch! oder Nieder! rufen sollen.

Ein Friedensfreund: So stiege denn endlich hinüber, du stolzes Luftschiff! Verstehe aber auf deinem Wege nicht nur, was deutscher Erdingergeist und was deutscher Fleiß vermag, sondern helfe auch die Bänder von Volk zu Volk, von Erdteil zu Erdteil wieder knüpfen, die der unheilige Weltkrieg zerrissen hat!

Der schlecht gekleidete Herr! Kleider machen Leute — vielleicht in der Weltgeschichte, sicherlich aber in den Augen des Schneidermeisters. Es ist somit verständlich, wenn die in Hannover erscheinende Wochenschrift „Der Schneidermeister“ die Kleidung des französischen Ministerpräsidenten — nach einer wiederbreiteten photographischen Aufnahme — vom Standpunkt des Schneidermeisters aus einer kritischen Prüfung unterzieht. Das Ergebnis ist fatal. Der Anzug zeigt so viele Mängel, daß man ihn für Konfektion halten kann. Im einzelnen werden die Weite mit ihren vielen Falten, die falsch geschnittene Hose — ohne Bügelfalte — und das falsch balancierte und offenbar ohne Rohhaar verarbeitete Sakko durchgenommen. Herr! macht also dem Lande der Eleganz keine Ehre. Aber „Der Schneidermeister“ weiß eine Entschuldigung: er ist ein überfasteter Politiker, der lediglich seinen großen Ideen lebt und darüber sein Versehen verwascht. Trügend soll er nicht Vorbild sein, denn den Betrachtern eines Kulturvolkes steht es wohl an, sich nicht nur auf zu befehlen, sondern sich richtig und geschmackvoll anzuziehen. In anerkennender Weise wird dabei der Reichspräsident zitiert, der sich befehligt, stets gut gekleidet in der Öffentlichkeit zu erscheinen.

Der unsterbliche Hund. Daß der Mensch unsterblich sei, ist ein etwas naiver Wunsch des sich als Reone und Endzweck der Weltgeschichte betrachtenden Menschen. Aber doch er das gleiche Vorrecht auf seinem Hunde zugestehen, ist doch etwas mehr als naiv. Die Frage: „Lebt der Hund nach dem Tode fort?“ die die englische Zeitschrift „Dog World“ an einige hervorragende Männer Englands richtet, hat eine Reihe von Antworten ausgelöst, die sich von der schroffen Ablehnung dieses Gedankens bis zu seiner freudigen Be-

## Hypothekenfrage im Aufwertungsausschuss.

Der Unterausschuss des Aufwertungsausschusses des Reichstages legte am Dienstag seine Beratungen fort. Die Idee des Zentrumsabgeordneten Dr. Fleischer, die Mittel für die Aufwertung der Reichsanleihe durch Besteuerung der Anleihebesitzer zu beschaffen, war wider Erwarten noch nicht in Gesetzesform vorgelegt, da die Beifügung des Herrn Fleischer dem Finanzministerium nicht rechtzeitig überreicht worden sind. Der Grundgedanke dieser Beifügung wurde vom Abg. Emminger verglichen mit dem Versuch Münchhausens, sich am eigenen Hopfe aus dem Sumpfe zu ziehen.

Unter Zurückstellung der Beifügung wandte sich der Ausschuss der Frage zu, inwiefern eine Verzinsung der Hypotheken, Industrieobligationen und ähnlichen Schulden möglich ist. Die Erörterung griff zugleich über auf die Frage einer Erhöhung des Aufwertungssatzes von 15 Prozent. Emminger (Bayr. Sp.) schlug die sofortige volle Verzinsung der Aufwertungsquote vor, ohne zu deren Höhe Stellung zu nehmen. Fleischer (Str.) will die Höhe der Aufwertung sehr unentschieden lassen, aber vom 1. Juli 1924 ab  $\frac{1}{2}$  Prozent des Kapitalbetrags an Zins gewähren. Dieser Zinssatz soll jährlich um  $\frac{1}{10}$  Prozent steigen bis auf  $\frac{1}{2}$  Prozent bei mündelsicheren, auf 1 Prozent bei nicht mündelsicheren Forderungen. Dernburg (Dem.) findet den Vorschlag Emmingers diskutabel mit dem Vorbehalt, daß man erst die Aufwertungsquote kennen müsse. Er weist ferner darauf hin, daß die Industrie bereits mit den Domes-Obligations und der 15prozentigen Aufwertung plus 2 Prozent Steuer belastet sind. Lasse man den Aufwertungssatz offen, so komme ein neuer Unsicherheitsfaktor ins Wirtschaftswesen. Steiniger (Dn.) ist der Ansicht, daß der städtische Grundbesitz seine Hypotheken voll aufwerten könne, wenn man ihm den vollen Friedensvertrag zuführe. Zur vollen Verzinsung der Gebäudehypotheken sei „nur“ die Erhöhung der Mietzinse um 13 Prozent erforderlich. Auf die aus der Mitte des Ausschusses erhobene Frage, was mit den landwirtschaftlichen Hypotheken werden solle, antwortet Steiniger, auch sie könnten voll aufgewertet werden, wenn die volle Ertragsfähigkeit gegeben sei. Ein Regierungsvortreter verneint die Frage, ob die Landwirtschaft den vollen Hypothekenzins tragen könne.

Reil (Soz.) warnt vor einer ungleichen Behandlung der städtischen und ländlichen Hypotheken. Es ginge nicht an, den Gläubigern, die zufällig im Besitz städtischer Hypotheken sind, auf Kosten der Mieter den vollen Zins zu geben, die Gläubiger landwirtschaftlicher Schuldner und des Reichs dagegen leer ausgehen zu lassen und dazu noch mit den Lohn- und Gehaltsempfängern gemeinsam zur Zahlung beträchtlich erhöhter Mieten zu zwingen. Das ertrage das Rechtsempfinden des Volkes nicht. Die Verbraucher hätten bei dem rapiden Steigen der Preise aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse auch kein Verständnis für die Behauptung von der geringen Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft. Eine Verbesserung der Vorschriften über die Verzinsung des Aufwertungsbeitrages von 15 Prozent habe die Sozialdemokratie schon im Februar verlangt. Dies sei auch wirtschaftlich tragbar. Ein Vertreter des preussischen Ministeriums des Innern teilte mit, daß in Preußen zurzeit von 3 Milliarden Mark Friedensmiete an Hauszinssteuer 24 Prozent = 720 Millionen Mark erhoben würden, in die sich Staat und Gemeinde teilen. Bei einer Vollaufwertung der städtischen Hypotheken müsse diese Steuer fortfallen und in Preußen wenigstens 600 Millionen neue Steuern gesucht werden. Ein Vertreter des Arbeitsministeriums warnt vor einer solchen Mietssteigerung, die ohne entsprechende Erhöhung der Beamtgehälter und der Löhne nicht tragbar sei. Nehme man den „Hohlräum“ beim städtischen Grundbesitz ganz für die Aufwertung in Anspruch, so fehle es an den Mitteln für die Förderung des Wohnungsbaus für die Wohlfahrtspflege. Die sollten in diesem Falle die Klein- und Sozialrentner, die Kriegsbeschädigten und Erwerbslosen die hohen Mieten tragen? In der weiteren Debatte trat mehr und mehr die Meinung in den Vordergrund, daß keine zu großen Verschiedenheiten in der Behandlung der einzelnen Kategorien von Gläubigern einzuwirken

haben. Am abweisendsten hat sich auch in diesem Falle Bernhard Shaw geäußert. „Ich habe niemals einen Hund besessen“, sagt er, „der dumme genug gewesen wäre, sich zu wünschen, ewig zu leben. Und ich habe auch niemals einen Hund so sehr geliebt, um ihm ein so schreckliches Schicksal zu wünschen.“ Ganz anders sind die Erwartungen, die andere Hundeliebhaber für das Fortleben ihrer Hunde hegen. Immer wieder wird betont, daß die große Treue und Liebeshäufigkeit dieses Tieres ihm einen Anspruch auf das Fortleben über dieses Leben hinaus erwerben muß. „Wenn die Ergebnisse eines Hundes mit seinem Leben enden sollte, dann habe ich meinen Glauben verloren“, äußert einer dieser Hundefreunde, während ein anderer es als einen höchst tröstlichen Gedanken bezeichnet, daß ihm auch im jenseitigen Leben sein treuer Hund Gefährte sein würde. Interessant sind in diesem Zusammenhang die Erfahrungen, die Sir Arthur Conan Doyle bei spiritistischen Versuchen gemacht haben will. Er behauptet, daß bei einer solchen Sitzung das Zimmer von Hundegeruch erfüllt gewesen wäre und daß Hunde auch bisweilen auf Selbstporträgen erschienen. „Alle unsere Haustiere“, so folgert er, „und besonders unsere Hunde werden auch im künftigen Leben bei uns sein, denn das Band der Liebe überdauert den Tod.“

**Mandeln und Diphtherie.** Die Diphtherie ist bekanntlich eine Erkrankung, die sich auf den Mandeln abspielt. Sie beginnt mit mittlerem Fieber und schmutzig-weißlichem Belag, der die Mandeln ganz oder teilweise klaffenartig bedeckt — im Gegensatz zu der gewöhnlichen Mandelentzündung (Angina), die mit hohem Fieber einsetzt und bei der sich auf den Mandeln punktförmige, scharf voneinander getrennte weißlich-gelbliche Pflöpfe bilden.

Man hatte schon früher angenommen, daß die Herausnahme der Mandeln einen gewissen Schutz gegen Erkrankung an Diphtherie böte. Die Meinungen darüber waren bisher geteilt. Vor kurzem hat jedoch der Professor für Hygiene an der Universität Baltimore, A. H. Doull, durch langjährige Beobachtungen an Tausenden von Kindern einwandfrei festgestellt, daß tatsächlich Kinder, denen die Mandeln herausgenommen worden sind, viel weniger empfänglich für Diphtherie sind als Kinder, denen die Mandeln nicht entfernt waren.

Der zweite Kongress für Kunst und allgemeine Kunstwissenschaft findet vom 16. bis 18. Okt. im Kulogebäude der Universität statt. Dort befindet sich vom 12. ab die Geschäftsstelle, die Auskünfte erteilt und Anmeldungen entgegennimmt.

**Öffentliche Meinung und Journalistengesetz.** In einer vom Reduzierten Anwaltsbund veranstalteten öffentlichen Versammlung über das Thema: „Öffentliche Meinung und Journalistengesetz“ werden am Freitag, 10. abends 7 1/2 Uhr (Angenienhaus, Sommerstr. 4a) Oberbürgermeister Dr. Pusch, Vertreter Dr. Carls und Redakteur Dr. Dozial sprechen. Freie Ansprache schließt sich am Eintrittskarten in der Geschäftsstelle (Richard Weinberg, Kottb. Platz 16855) und am Saalzugang.

Ein neuer proletarischer Dichter. Probisch, ein ehemaliger Viehhirt, hat der Berliner Arbeiterabteilung für politische Aufklärung mehrere von ihm verfasste Beispiele aus dem Bauernleben zur Begünstigung einereicht. In ihm hofft man nun den Dichter der Bauernschaft und des Proletariats entdeckt zu haben, der den literarischen Anforderungen des umgewandelten Bauern entsprechen könnte. Eines seiner Stücke wird demnächst im Druck erscheinen.

Dürfe. Hergt (Dn.) neigte der Meinung zu, daß die Aufwertung der Hypotheken und Industrieobligationen etwa auf 25 Prozent möglich sei, und daß der 40-Millionen-Fonds, den der Reichsfinanzminister für seinen Plan der Gewährung einer Rente an bedürftige Kriegsanleihebesitzer bereit stellen will, durch eine von den leistungsfähigen Gemeinden (1) zu erhebende Aufwertungssteuer bis auf zirka 100 Millionen erhöht werden könne. Ein Antrag Hergts, daß die Regierung einen Vorschlag für eine von den Gemeinden zu zahlende Aufwertungssteuer, mit der Mittel für die Aufwertung der Kriegsanleihe gewonnen werden sollen, als Material vorlegen möchte, fand die Zustimmung des Ausschusses. Desgleichen ein Antrag Hergts, wonach die Regierung mitteilen soll, inwiefern die Industrie ihre Obligationen freiwillig über den Satz von 15 Prozent hinaus aufgewertet hat.

Am Donnerstag sollen die Beratungen fortgesetzt werden.

## Abfuhr für die Hausbesitzer.

Der Ausschuss für Siedlungs- und Wohnungswesen im Preussischen Landtag hat sich in seiner letzten Sitzung mit 15 gleichlautenden Eingaben der Haus- und Grundbesitzer-Vereine befaßt, die mit großer Entrüstung gegen das Vorgehen des Wohlfahrtsministers Girsiefer wegen des Vorfalles der Haus- und Grundbesitzer-Vereine, Abgeordneter Labendorf, Protest erhoben. Der Minister hat nämlich jeden persönlichen Verkehr mit Labendorf abgelehnt, solange Labendorf die schweren, in öffentlicher Versammlung erhobenen persönlichen Verunglimpfungen nicht zurücknehme. Der Ausschuss beschloß — ohne in eine sachliche Beratung der Eingabe einzutreten — sie als ungeeignet im Plenum zu bezeichnen. Er stellte fest, daß die offensichtlich auf Bestellung erfolgten Eingaben keinerlei Antrag, weder eine Bitte, noch eine Forderung enthielten, was gegen den Wohlfahrtsminister geschehen soll. Im übrigen herrschte im Hauptausschusse die Meinung, daß der Preussische Landtag für geräuschvolle Protestaktionen ausgedehnter Interessentengruppen kein geeigneter Reaktionsort sei.

## Der Weltfriedenskongress.

### Minoritätenschutz und Abrüstungsfrage.

Die Dienstagverhandlungen des Weltfriedenskongresses leitete Professor Quidde. Zu Beginn der Tagung ergriff das Wort der Delegierte Peters-Dänemark und machte einige Ausführungen über den geistigen, moralischen und wirtschaftlichen Minoritätenschutz. Dieser sei in Dänemark bereits durchgeführt. Die deutschen Kinder in Dänemark seien zwar berechtigt, aber nicht verpflichtet, den Unterricht in dänischer Sprache zu erhalten. Die dänische Regierung wünsche, daß diese Grundzüge auch in den anderen Ländern durchgeführt würden.

Hierauf gab Prof. Ostreich einen kurzen Rückblick über die internationale Beschäftigung und wies darauf hin, daß Siegfried Kameau einen ausführlichen Bericht über den Verlauf der Tagung veröffentlichen wird. Am Anschließ der Referat erfolgte die Kenntnisnahme der einstimmig angenommenen Resolutionen der Kommission E. (Erziehung und Unterricht).

Dr. Elisabeth Kotten machte einige Ausführungen über die geistige Abrüstung, die der militärischen Abrüstung vorangehen müsse. Wichtig sei dafür die internationale pädagogische Zusammenarbeit. Die Abschaffung des Waffenkrieges sei nur ein Teilproblem; das ganze öffentliche Leben sei ein verkappter innerer Krieg.

Um 12 Uhr nahm Dr. Hans Wehberg das Wort zu seinem Hauptreferat über das Abrüstungsproblem. Er führte aus:

Der Begriff Verteidigungskrieg enthält nur einen Vorwand für kriegerische Maßnahmen. Nur eine radikale Abrüstung ist imstande, jede Kriegsgefahr zu verhüten. Auch beschränkte Rüstungen, die etwa Verteidigungszwecken dienen sollen, bergen Kriegsgefahren und führen zu Militärbindnissen, diplomatischen Verträgen usw. Von äußerster Wichtigkeit ist ferner die Erziehung der Jugend im Geiste der Völkerverständigung. Eine allgemeine europäische Abrüstung würde auch die nationalen Minderheiten in den verschiedenen Ländern entlasten. Wir müssen uns gegen alle Garantie- und Bündnisverträge erklären. Ein Krieg erfordert in jedem Falle so ungeheure materielle, geistige und gesundheitliche Opfer, daß sie auch durch einen siegreichen Ausgang nicht aufgehoben werden. Die Abrüstung hat nicht nur ein negatives Ziel, sondern auch ein positives in der Erhaltung des allgemeinen Vertrauens auf Frieden. Kein Mitgliedsstaat des Völkerbundes darf noch die allgemeine Wehrpflicht haben. Der Völkerbund muß auch von sich aus für einen Schutz der Kriegsdienstverweigerer in allen Ländern sorgen. In diesem Falle muß Völkerbundsrecht vor Landesrecht gehen.

Als erster Diskussionsredner ergriff hierauf General Verraug-Paris, von stürmischem Beifall begrüßt, das Wort. Er erklärte, es sei keineswegs paradox, daß

### ein General gegen den Krieg

spreche. Denn gerade ein General kenne die Schrecken und das Elend eines Krieges am genauesten aus Erfahrung. Ein Krieg verursache ungeheure moralische, seelische und materielle Schäden, und der Kriegsruch sei höchst zweifelhaft. Notwendig sei eine christliche allgemeine Abrüstung, und kein Staat dürfe abwarten, bis der andere den Anfang mit der Abrüstung mache. Auch eine noch so große Beschränkung der Rüstungen enthalte immer die Gefahr eines neuen Kriegsausbruches, und der Krieg werde in Zukunft immer noch grauenhafter werden. Die

### Friedensfreunde mühten sich mit dem Proletariat vereinigen

und gegebenenfalls zur Verhütung eines Kriegsausbruches auch einen Generalstreik unterstützen. Die Einsetzung eines Schlichtungsgerichts, wie sie der Völkerbund vorschlägt, dürfe nur für eine Übergangszeit Geltung haben. Auch die Einsetzung einer Völkerbundsarmee sei verfehlt, denn sie würde immer nur dem stärksten Staat zur Verfügung stehen, und ebenso könnte die Einrichtung von neutralen Zonen keine Friedensgarantie bieten, zumal in Anbetracht der heutigen technischen Errungenschaften. Die Abrüstung und der Weltfrieden seien von größter Bedeutung für die Aufrechterhaltung aller Kulturwerte. Die Friedensfreunde sind in allen Ländern viel zahlreicher als die Kriegsanhänger und haben die Pflicht, immer wieder ihre Stimme erheben zu lassen. Ganz besonders wichtig ist dabei auch die Rolle der Frauen.

General von Schoenals unterrichtete die Ausführungen seines französischen Kollegen und erklärte die alten Offiziere, die nicht den Mut hätten, auf Grund der Entwicklung umzulernen, für Narren oder Feiglinge. Der radikalen militärischen Abrüstung müsse nach dem Wort Macdonalds die Abrüstung der Köpfe vorangehen. Die Verlängerung der Militärkontrolle sei zwar durch die

### Duldung „Deutscher Tage“ durch die Reichsregierung

verschuldet, aber sie gieße doch nur Wasser auf die Mühlen der Nationalisten, solange sie nicht als Beginn einer allgemeinen Weltabrüstung anerkannt werde. Die heutige militärische Spielerei von sogenannten vaterländischen Organisationen sei militärisch ganz zwecklos. Wir brauchen auch keine kleinen Armeen mehr, sondern nur noch vorübergehend eine völkerbundliche

## England erhofft Deutschlands Beitritt.

### Antwort auf das Völkerbund-Memorandum.

London, 7. Oktober. (Eigener Drahtbericht). Die Antwort der englischen Regierung auf die deutsche Note wegen des Eintritts in den Völkerbund ist am Dienstag dem deutschen Botschafter in London überreicht worden. Die Note spricht aus, daß über die Bedingungen des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund der Völkerbundsrat und nicht die einzelnen Mitglieder zu befinden haben. Sie schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß Deutschland beitreten werde und verfährt, daß keine Schwierigkeiten bestehen, daß Deutschland einen Sitz im Völkerbundsrat erhalte.

## Die deutsche Anleihe.

### Beteiligung Frankreichs und Belgiens.

Paris, 7. Oktober. (U.) Die Beteiligung Frankreichs an der 800-Millionen-Anleihe ist heute normiert grundsätzlich beschlossen worden. Im Laufe der Besprechung, zu der Herrriot und Finanzminister Clementel ungefähr 20 Vertreter der französischen Finanzwelt eingeladen hatten, haben die Bankiers erklärt, daß sie in der Lage seien, drei Millionen Pfund (240 Millionen Frank) auszubringen, doch unter der Voraussetzung, daß die Möglichkeit besteht, die Anleihepapiere auf sämtlichen Finanzmärkten abzugeben. Dem englischen Schatzamt wird die Absicht zugesprochen, das französische Stück von dem britischen Finanzmarkt auszuschließen, um zu verhindern, daß mit der Uebertragung der in Frankreich ausgegebenen Wertpapiere auf den britischen Finanzmarkt eine Stützungsaktion des Franken zum Nachteil der englischen Devisen verlustig werde. Die Bankiers Sergent und Simon reisen nach London, um die Schwierigkeiten in den Verhandlungen mit den englischen Bankiers aus dem Wege zu räumen. Auch Belgien ist entschlossen, sich mit eineinhalb Millionen Pfund zu beteiligen.

Polizeiregulative. Erfahrungsgemäß werde jeder Angriffskrieg in einen Verteidigungskrieg umgeschlagen. Die Kriegsdienstverweigerung sei ein erklebliches Verbrechen. Von entmilitarisierten Zonen sei nichts zu halten. Radikal beseitigt werden müsse jede private Herstellung von Kriegsmaterial, und es dürfe höchstens vorläufig noch in allen Ländern eine beschränkte Rüstungsindustrie unter der Kontrolle des Völkerbundes geben.

Dr. Kurt Hiller bezeichnete die allgemeine Wehrpflicht als die schlimmste aller Sklavereien. (Stürmischer Beifall.) Wir wollen den Heroismus jener, die dem Kriegstod ausgeht werden, nicht schmälern oder verflümmern, wohl aber den Beherrschung ablehnen. Der Staat muß ein Menschenrecht apparat sein; sonst hat er jede Existenzberechtigung verloren. Den Beherrschung der anderen Völker lehnen wir nicht etwa aus deutfationalen Gründen, sondern aus Gründen des Menschenrechts ab, weil durch ihn der Pazifismus in den Ländern der besiegten Völker ungeheuer erschwert und der Rationalismus gefährdet wird. Der Redner ergeht sich in sehr scharfer Kritik gegen die Deutsch-Demokraten, weil sie die Wehrpflicht fordern, aber auch der ausländischen Militaristen. Für eine Völkerbundesregulative, falls sie überhaupt notwendig sein sollte, würden immer genügend Freiwillige zur Verfügung stehen. Die Uebergangszeit bis zur vollkommenen Durchführung der Abrüstung verlanget die

### Sicherung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung.

Wir fordern deshalb ein Toleranzedikt des Völkerbundes. Am höchsten steht uns die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens. Die Dienstverweigerung braucht nicht Pflicht, soll aber das gute Recht jedes Menschen sein. Den Strafbestimmungen wegen Aufreizung zum Klassenhaß müssen die schärfsten Strafbestimmungen wegen Aufreizung zum Völkerraub an die Seite gestellt werden. Ein Revancheheer gehört nicht in den Reichstag oder auf einen Universitätslehstuhl, sondern ins Zuchthaus. (Brausender Beifall.) In Staaten, die die Schiedsgerichtsbarkeit ablehnen, müßte allerdings die Dienstverweigerung sogar Pflicht sein. Langanhaltender tosender Beifall.)

Helmut von Gerlach will aus praktischen Gründen keine so radikalen Forderungen wie sein Vorredner aufstellen. Er halte beispielsweise eine radikale Abrüstung in einem Rußland benachbarten Staate heute noch nicht für ratsam, in Anbetracht der großen Gefahr des Sowjetimperialisismus.

Auch die gestrige Potsdamer Versammlung habe des Schutzes durch die Schupo und des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bedurft. Die Friedensbewegung dürfe nicht in eine pazifistische Akademie ausarten, sondern müsse ein Machtzentrum darstellen. Rowntree (West-England) vertritt dagegen ebenfalls den Standpunkt einer radikalen Kriegsdienstverweigerung und verweist auf die Kriegsdienstgegner, die während des verflohenen Krieges unbestimmt um Gefängnis und Verhaftungen treu zu ihrem Ideal gestanden haben. Keine Gewaltanwendung könne eine Gewalttat sühnen. Der vorige Krieg sei überall als der „letzte“ bezeichnet worden, aber diese Behauptung habe sich als eine Lüge erwiesen, und das Resultat sei, daß heute die ganze Welt in Trümmern liege. Eine Völkerbundesregulative sei schon deshalb abzulehnen, weil dadurch Staaten wie Amerika und Kanada, die diese Regulative ablehnen, außerhalb des Völkerbundes bleiben würden.

In der weiteren Diskussion, in der noch Redner aus Deutschland, England, Amerika und Frankreich sprachen, wies der dänische Vertreter Peters darauf hin, daß nicht die Sicherheitsfrage für die Abrüstung entscheidend sei, sondern umgekehrt die Abrüstung ausschlaggebend für die Lösung der Sicherheitsfrage sei. Das kleine dänische Volk habe seine Pflicht erkannt, mit der Abrüstung voranzugehen, und die Wehrhaft des dänischen Volkes stimme dieser Maßnahme zu.

Bei der Abstimmung über die Resolutionen trugen die radikalen Kriegsdienstgegner den Sieg über eine ganz verschwindende Minderheit davon. Weiterberatung heute, Mittwoch.

### Rundfunkrede Frithjof Nansens.

Frithjof Nansen hielt gestern, Dienstag, im Berliner Rundfunk eine Rede über Deutschland und den Völkerbund, in der er, wie schon auf dem Weltfriedenskongress, die positiven Leistungen des Völkerbundes hervorhob, um so zu schließen: Ich kann sehr wohl die Gründe verstehen, die Deutschland veranlassen, seinen Beitritt zum Völkerbund bisher hinauszuzögern. Ich bin aber überzeugt, daß sie überwunden werden und zum Teil schon überwunden sind. Es muß ein großer Tag sein, an dem Deutschland seinen Sitz im Völkerbund einnimmt, zum Schutz des gemeinsamen Friedens und ebenso zur Vertretung seiner eigenen Interessen und Aufgaben, die die deutsche Kultur betreffen, ihre Kultur, die niemand vernichten will und die noch hohe Aufgaben zu erfüllen hat. Der deutschen Regierung hierbei Hilfe zu leisten, wird die Freude aller Völkerbundsleute sein. Hoffen wir, daß es bald der Fall ist!



# § 218 und die Frauen.

## Ein Nachwort zum Heiser-Prozess. — Ein Mahnwort an die Frauen.

„Ich möchte nicht sterben, Levor ich nicht meinen Geschlechts-genossen gehoffen habe.“ so sprach die als Zeugin vernommene 53jährige Genossin Frau Dr. Wegscheider vorgestern im Heiser-Prozess. „Jede Frau, die drei- oder viermal geboren hat, greift zur Abtreibung.“ sagte der Sachverständige Frauenarzt Prof. Dührsen. An den Folgen der geheimen Abtreibung erkranken jährlich 75000 Frauen und sterben 7500, behauptet Prof. Rumm. Berechnungen 300000 Aborte werden in Deutschland Jahr für Jahr vorgenommen und nur wenig über 1000 gelangen zur Aburteilung. Und so ist es überall, wo der Abtreibungsparagraph sein Unwesen treibt. Allein in Paris zählte man vor dem Frieden 30000 Abtreibungen und 19000 in Lyon — zur Aburteilung kam es aber in Frankreich in der Zeit vom Jahre 1881 bis 1900 nur in 227 Fällen. In New York rechnet man mit 80000 Abtreibungen im Jahre und in den gesamten Vereinigten Staaten mit zwei Millionen. So konnte Prof. Dührsen, der in seiner mehr als dreißigjährigen Tätigkeit Tausende von Frauen kennengelernt hat, mit Recht sagen: es gibt wenige Frauen in Deutschland, die nicht laut § 218 ins Gefängnis kommen müßten. Aber wieviel Qual und Seelenpein, wieviel Tragödien lauern hinter diesen Zahlen — die Tränen der Frauen sind weder zu zählen noch zu wägen. Entweder oder: entweder sind fast alle Frauen der Welt, die die Frucht abtreiben, und alle Männer, die die Abtreibung begünstigen, Verbrecher oder es ist der Abtreibungsparagraph ein Verbrecher am Leibe und an der Seele der Frau. Gefesse werden von Menschen zu ihrem eigenen Wohle und zum Wohle der Gesellschaft geschaffen: Auf Werd steht Todesstrafe, hier mordet aber das Gesetz selbst...

### Das Urteil gegen Heiser.

Der Apotheker Heiser ist zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Staatsanwalt hatte die Abtreibung der bürgerlichen Ehrenrechte beantragt — man hat sie ihm gelassen: das Gericht war der Ansicht, daß Heiser zu einem gewissen Teile aus Idealismus gehandelt hat und sich aus seiner Tätigkeit, die er allerdings als Gewerbe betrieb, nicht bereichern wollte. Heiser ist nicht einmal in Haft genommen worden — trotz der Zuchthausstrafe; ein seltener Fall. Weshalb? Weil das Gericht sich sagen mußte: der Mann ist krank, der Mann, der sich aus Idealismus zum Märtyrer gemacht hat, ist nicht schuldlos, er kann noch Revision einlegen; vielleicht wird er auch noch begnadigt, die Zuchthausstrafe für ihn kommt einem Morde gleich. Aber das Gericht wollte ihn nicht töten! Trotz der ertamten Zuchthausstrafe haben die Richter milde geurteilt; grausam war nur das Gesetz. Die vollendete Abtreibung war erwiesen. Die Mindeststrafe, die § 219 vorsieht, lautet auf ein Jahr Zuchthaus — mildernde Umstände gibt es hier nicht. Die Einzelstrafen für neun Fälle vollendeter Abtreibung zu je drei Monaten und für vier Fälle vollendeter Abtreibung, von denen drei mit je einem Jahre und ein Fall mit anderthalb Jahren Zuchthaus quittiert wurden, sind zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren Zuchthaus zusammengezogen worden. Dem Bund des Rechtsanwalts Dr. Pindar, der Heisers Interessen in beiden Instanzen vertrat, es beim Urteil des Vorderrichters, das auf zwei Jahre Gefängnis lautete, nachzukommen, war das Gericht außerstande.

Heiser hat den Kampf gewollt: er ist in seinem Abtreibungs-fanatismus zum Opfer gefallen und hat sich selbst an das Messer gesetzt — alle vier Fälle vollendeter Abtreibung hat er dem Staatsanwalt selbst angezeigt. Wie dieses geschah, ist noch erinnerlich. Noch während seiner Untersuchungshaft schrieb er an Frau Dr. Wegscheider einen Brief, in dem er die Ansicht vertrat, daß die Öffentlichkeit nur ein Monstreprozeß aufzurichten imstande wäre. Als er dann zum ersten Male aus der Untersuchungshaft befreit wurde, erhielt er von 400 seiner Klientinnen die Erlaubnis, ihre Namen dem Staatsanwalt anzugeben. Die Folge davon war, daß gegen alle diese 400 Frauen — es waren ausschließlich Proletarierfrauen, da seine Klientinnen aus dem Mittelstande ihm ihre Namen zu nennen verboten hatten — das Verfahren eingeleitet und Heiser wegen etwa 20 Abtreibungen unter Anklage gestellt wurde.

### Ist das Opfer umsonst gebracht?

Das wird von den breiten Massen des Volkes, in erster Linie von den Frauen abhängen. Heiser hatte gehofft, die Massen der Frauen in Bewegung zu bringen, — dies ist ihm nicht gelungen. Er hatte gehofft, den Reichstag zu veranlassen, mit dem § 218 ein Ende zu machen. — Von einem Parlament in dieser Zusammen-fassung war jedoch von vornherein nichts zu erwarten. Er hatte



Aus der Reihe der Zeuginnen.

geglaubt, durch einen Monstreprozeß, durch einen öffentlichen Skandal den § 218 niederzuringen zu können — er hat sich verrechnet. Er wird sich wohl gelobt haben: Wenn die Frauen der Minister, der höchsten Beamten, der Richter und der Staatsanwälte, der Pfarrer und der Ärzte, wenn die Frauen aller Stände, aller Bevölkerungsklassen, die zur Abtreibung greifen, wenn die Millionen deutscher Frauen gegen sich selbst beim Staatsanwalt die Anzeige machen würden, wenn alle Ärzte, Hebammen und „weisse“ Frauen sich selbst des Vergehens gegen §§ 218 und 219 beschuldigen würden, — müßte dann nicht der mörderische § 218 fallen? Eins vergah er aber: Nur er allein brachte den pathologischen Mut auf, sich zu opfern, — alle anderen Verbrecher gegen §§ 218 und 219 besitzen einen normalen Selbsterhaltungstrieb. Nur seine 400 Klientinnen

nahmen auf sich die Pein des Gerichtsverfahrens. Und wieviel Tränen das ihnen gekostet hat, beweisen die Gerichtsverhandlungen.

### Die Stützen des § 218.

Neben den gut „bötschen“ und den „nationalen“ Menschen-hassern ist es die Kirche, deren politische Vertreter, das Zentrum in Deutschland und die Christlichsozialen in Oesterreich, die die stärksten Stützen des § 218 bilden. Der Einwirkung der Kirche ist es zuzuschreiben, daß gerade im Augenblick in Oesterreich der Kampf gegen die Abtreibung die schärfsten Formen angenommen hat. Wegen Vergehens gegen den § 144 StGB. — er entspricht dem § 218 in Deutschland — hatten sich erst vor kurzem gemeinsam mit ihren Klientinnen zwei bekannte alte Wiener Ärzte, Dr. Fleisch und Dr. Rathanson zu verantworten, die an einer nieren- und herzkranken Frau eine Abtreibung vornehmen ließen. Sie waren zu einigen Monaten schweren Kerker mit hartem Lager verurteilt worden. Die zweite Instanz sprach sie frei. Dies war der zweite Fall der Freisprechung in wenigen Wochen. Gegen drei Wiener Professoren ist auf Grund des § 144 eine Untersuchung eingeleitet worden. Gegen die Gerichtsurteile hat die Wiener Ärzteschaft in einer öffentlichen Versammlung protestiert. Die Ärzte fordern die Wenderung des § 144 in dem Sinne, daß den Ärzten aus medi-zinischen Gründen die Abtreibung gestattet werde. Sie dachten nicht daran, daß die gleiche Forderung aus sozialen und eugenischen Gründen erhoben werden muß. Die ungeheure Not des Volkes macht die Geburtenbeschränkung zur sittlichen Pflicht — die Säuglingssterblichkeit in den Quartieren der Armen beträgt 32,25 Proz. gegen 9,35 Proz. in den Quartieren der Reichen, nur 15,8 Proz. der Schulknaben können als „gut“ ernährt bezeichnet werden, 600000 Personen leben in Berlin zu je vier oder mehr Personen in einem Raume zusammen. Bei Krankheit der Eltern, bei Tuberkulose, Alkoholismus, Geschlechts- und Geisteskrankheit wäre es ein Verbrechen, Kinder in die Welt zu setzen. So wird der § 218 zum Verhängnis für Mutter und Kind. Die Verfolgungen in Oesterreich, die Zuchthausstrafe gegen Heiser werden aber zur erneuten Warnung für die Ärzte. Das um Hilfe ringende schwangere Weib wird noch mehr als früher zu der weisen Frau laufen, noch größere Heimlichkeit wird den Frauen noch vermehrtes Unheil bringen.

### Praktische Hilfe.

Heiser hat den Frauen freis gesagt: Diesmal helfe ich, kommt ihr nächstens wieder, werse ich euch hinaus. Sie kamen aber bald wieder und Heiser half trotzdem, und als ein junges Mädchen das zweitemal nicht kommen wollte, warf sie sich ins Wasser. Die Abtreibung ist immer ein Eingriff in den Organismus, sie dürfte stets nur das letzte Mittel sein: das vornehmste ist die Verhütung der Schwangerschaft. Die Anpreisung der Schutzmittel ist aber nicht gestattet — die Industrie hat deshalb kein Interesse, sich auf dieses Gebiet zu werfen. Der erfolgreichste Kampf gegen die Abtreibung wäre die Propagierung der Mittel zur Verhütung der Schwangerschaft in Vorkasen, Flugblättern, Versammlungen usw. In Wien gibt es bereits entsprechende Beratungsstellen, Ärzte führen unentgeltlich das Verhütungsmittel ein, selbst die dafür aufzuwendenden Kosten werden zurückerstattet. Die Frauen müssen darauf dringen, daß das Verbot der Anpreisung dieser Mittel aufgehoben wird. Dann wird auch die Zahl der Abtreibungen abnehmen, wird der § 218 überflüssig werden. Solange er aber existiert und sein Wirkung ausübt, darf der Ruf: „Fort mit ihm“ nicht verhallen. Das Beispiel Russlands, das im Jahre 1920 den Abtreibungsparagraphen abgeschafft und Unentgeltlichkeit und Zulässigkeit der vom Fachärzte in einer öffentlichen Anstalt vorgenommenen operativen Unterbrechung der Schwangerschaft proklamiert hat, beweist, welche segensreichen Folgen ein derartiger Schritt nach sich zieht. Von der größten Entbindungsanstalt Moskows wird berichtet, daß die Zahl der unerlaubten Abtreibungen auf 50 Proz. gefallen ist. Gleichzeitig ist die Zahl der Ertränkungen von geheimen Aborten von 6 auf 2,3 Proz. und selbst 1,3 zurückgegangen. Der Bund für Mutter- und Kinderschutz fordert schon seit Jahren: Einrichtung staatlicher Sexualberatungsstellen, Ausbau der Mutterklosterfürsorge und Durchführung eines Volksbegehrens in bezug auf § 218. Die

## Die Familie Frank.

Roman von Martin Andersen Nergö.

Sie füllten ihm um die Bettel Flüssigkeiten ein; denn sie hatten sich vorgenommen, zu sehen, wieviel er trinken könne, ehe er fertig sei; und einer notierte.

Man war bereits beim siebenundzwanzigsten Glase, doch Meister Frank schien nur immer munterer davon zu werden.

„Dürfen wir nun um die Glanznummer bitten, meine Herren, Meister Franks Glanznummer!“ Er rückte Flaschen und Gläser beiseite.

Dann kletterte er auf den Tisch, setzte sich in Schneiderstellung und legte erst den einen, dann den anderen Fuß hinter den Nacken. So saß er und lasse ein Lied, während er mit den Armen gestikulierende und zwischen den Beinen hervorlugte. Als das Lied zu Ende war, bewegte er sich auf Händen und Ellenschwieneln zum Tischrand hin und hüpfte mit dem Hintern auf den Fußboden hinab.

Das Kunststück erregte stürmischen Beifall, und mehrere von den am meisten umnebelten Herren krochen auf dem Tisch in die Runde, um es ihm nachzumachen — ohne jedoch den Sprung zu wagen.

Schneider Frank mußte seine Glanznummer wiederholen, und man erörterte, ob es zweckmäßig sei, ihn in den großen Saal hinaufzubringen und die Sache auch da ausführen zu lassen — zur Beruhigung für die Herren der Damen, wie der Arzt sagte.

Frank selbst wollte mit dem größten Vergnügen, aber die anderen redeten hin und her, und als sie endlich einig waren und gehen wollten, da fiel Frank ohne vorhergehende Ankündigung unter den Tisch und blieb liegen.

Die trunkenen Klubmänner starrten ihn mit ihren be-nebelten Augen erstaunt an. Dann erhob sich der Schneider: „Brüder, eine Hüne ist zur Ruhe gegangen. Hier liegt er nun auf seinem baren — Verzeihung — auf seiner Bahre, gefällt von fünfunddreißig —“

„Und einem halben!“ warf jemand ein.  
Der Schneider schwankte ein wenig: „gefällt von fünf- unddreißig und einem halben Glas, und jedes davon war an sich tobbringend. Sein Durst war unlöslich wie der des Sandes am Ufer des Meeres. — Ja, das Meer, meine Freunde, konnte ihn allein löschen, das Meer, das sich in lösem Taumel nach dem Strand hin wagt — in mildem

Dimmelim. Wellenspieler, meine Herren, Wellenspieler sind gut für einen Generalraub. Er soll das Meer sehn, das Meer soll den seekranken Sohn küssen, der das Feuchte mehr liebt als den eigenen Rücken. Hi hop!“

Mit ziemlichem Mühe packte er einen langen Tisch und kehrte ihn um. Den gemeinsamen Anstrengungen gelang es, den Meister Frank zwischen den Tischbeinen unterzubringen und ihm zwei Flaschen in den Arm zu geben. Dann stellten sie vier von den am wenigsten betrunkenen Leuten an die Tischbeine und hoben die Bahre auf; die ganze Gesellschaft begab sich auf die Wanderung, um Frank am Strande einzutauchen. Vorn ging der Schreiber als Küster, und hinter der Bahre folgten die anderen mit Flaschen und Gläsern.

Der Schreiber wählte den Weg durch die Hotelstuben, und der Zug folgte in langsamem Schritt. Die Träger sanken fortwährend in die Knie ein, und der Schreiber stolzierte einher, tat, als hielt er ein Buch vor die Nase und sang — dem Anlaß entsprechend ein wenig gemodelt — eine der vielen volkstümlichen Parodien auf das Marlborough-Lied:

„Schneider Frank, der starb im Kriege  
fille ju!, fülle ju!, fülle Branntwein —  
Schneider Frank, der starb im Kriege,  
als rechter Ehrenmann.  
Das heißt — als Trunkenbold,  
als schlimmer Trunkenbold!  
Schneider Frank, der starb im Kriege,  
als rechter Ehrenmann.“

Er ward zur Gruft getragen  
— fülle ju!, fülle ju!, fülle aber Rum —  
er ward zur Gruft getragen  
von vier Ehrenmännern.  
Das heißt — vier Trunkenbolden,  
vier schlimmen Trunkenbolden!  
Er ward zur Gruft getragen  
von vier Ehrenmännern.“

Während dieses Verses hatte man das „bessere“ Familien-leben im großen Saal erreicht, wo gerade Lehrer Schröder mit erhobenem Glase der schleswigschen Brüder gedachte.

Der Aufzug erweckte einen Sturm von Begeisterung und Unwillen. Die Damen streckten den Hals vor und stießen beim Anblick des Gefallenen leichte Schreie aus, Lehrer Schröder brach mitten in seiner Rede ab, und der Bürgermeister versuchte durch seine Brille gebieterisch auszusprechen.

Doch ohne es sich ansehen zu lassen, schritt der Zug weiter, unter Abfingung des letzten Verses:

„Der eine trug die Flasche  
— fülle ju!, fülle ju!, fülle Perikum —  
der eine trug die Flasche,  
der andere trug sein Glas.“

Inzwischen war man auf demselben Weg, auf dem Schneider Frank hereingekommen war, auf die Veranda gelangt und stieg zum Strand hinab.

Tot ruhte das Meer, blaueschwarz mit mattem Glanz. Hier und da hörte man das ängstliche Geipen von Schwimmvögeln, die irgendwo draußen auf dem Wasser geschlafen hatten und durch den Gesang der Zechbrüder aufgeschreckt wurden. Eine lange Dämmung rollte gemächlich die Strandsteine hinan — und glitt rasselnd wieder zurück, über die Tiefe den monotonen Refrain mit sich wiegend: „Der andere trug sein Glas — der andere trug sein Glas.“

Unten am Strande taumelten jedoch die Träger, zwei von ihnen verloren den Halt an der Bahre, und Frank rollte auf die Erde hinab.

Der Schreiber versuchte, einige Begräbnisfirlefanzes über ihm zu treiben, war aber auch zu betrunken dazu, etwas ausfindig zu machen. Den Zweck, den sie verfolgten, als sie Frank hierhertrugen, hatten alle vergessen.

Und sie schwankten zurück und ließen ihn liegen.

17.

Madam Frank war nicht mehr bettlägrig und konnte sich wieder im Hause etwas beschäftigen und zur Not auch eine kleine Besorgung machen. Aber eigentlich arbeiten konnte sie nicht. Es haperte damit, die Folgen des Falles zu überwinden und sich nur so einigermassen wieder zu erholen; und sie hatte das Gefühl, daß sie nie mehr die alten Kräfte wiederbekommen werde.

Aber das mochte hingehen; sie hatte nicht mehr den unermündlichen Betätigungsdrang von früher. Wenn nur die inneren Schmerzen weggehen würden, war sie zufrieden. Und die nahmen von Tag zu Tag ab.

Wie doch auch alles veränderlich war! Jetzt konnte sie sich täglich dabei ertappen, daß sie dasah und über die Dinge nachdachte und grübelte, bald über diese Seite des Daseins, bald über jene. Ueber Dinge, die gar nichts mit ihrem täglichen Brot zu tun hatten, konnte sie sich in Gedanken verlieren, sie konnte sich ganz hinein versenken. Und selbst der Gedanke an das tägliche Brot beschäftigte sie jetzt bei weitem nicht so stark wie damals, als sie alle ihre Kräfte hatte. (Fortsetzung folgt.)









Reichsbannerdebatte im Landtag.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

In der Landtagsberatung des Haushaltsplans für das Ministerium des Innern am gestrigen Dienstag sagte

Abg. v. d. Osten (Dnat.) weiter: In Potsdam hat Schwarz-Rot-Gold sich zum Schützer des Franzosen Basch aufgeworfen, der zum Glück nur in einer kleinen sozialdemokratischen Parteiverammlung sprechen konnte. Warum war es nicht möglich, daß Minister Ecoering diese Versammlung verbot? (Beifall links.) Er hat vielmehr mehrere Hundertschaften zum Schutze des Franzosen eingesetzt, der noch in dieser Zeit die Behauptung von der deutschen Kriegsschuld wiederholt. Es war in dieser Situation ein schwerer Fehler des Ministers, diesen Franzosen gegen Deutsche zu schützen. Das war keine gute Sache, für die er sich eingesetzt. (Widerpruch links.) Wer einmal vor der Geschichte diesen ununterbrochenen Weg abwärts in den letzten vier Jahren zu rekonstruieren haben wird, darüber ist schon heute kein Zweifel. (Lärm links. Zurufe: Das sind Sie!) Wir waren nicht in der Koalitionsregierung! Wir stehen im gegenwärtigen Augenblick — nicht vom parteipolitischen Standpunkt — mit Sorgen in die Zukunft. Sämtliche Auffassungen von der Pflicht in Volk, Staat und Familie sind dauernd im Sinken. Eine Besserung, eine Umkehr und Abkehr des menschlichen Geistes kann allein wieder aufwärts führen. (Lebh. Beifall rechts. Zwischen links und Zurufe: Bürgerblock!)

Abg. Kuschke (Dem.): Wie konnte der Redner sagen, der eigentliche Zusammenbruch sei erst nach Ludendorffs Abgang erfolgt? Es ist doch aus allen Dokumenten bekannt, daß

Ludendorff sagte, die Armee könne sich keine 48 Stunden mehr halten.

Das Entscheidende war aber, daß der von Ludendorff befürwortete U-Bootkrieg zu unseren Ungunsten ausfiel. Seltsam ist es, daß die gefälligen Generale behaupten, das Heer sei von hinten erdolcht worden. Sie sollten lieber bekennen, daß der U-Bootkrieg ein Verbum war. (Beifall links.) Sind die 48 Anhänger v. d. Ostens, die für die Dawes-Gesetze stimmten, aus Irrtum zur Wahrheit gereift? Nein, sie haben selber erklärt, aus parteipolitischen Gründen gehandelt zu haben. (Hört! hört!) Der passive Widerstand mußte aufgegeben werden wegen des harten Einlenks der Welt. Die Inflation begann mit Ausgabe der ersten Kriegsanleihe unter Helfferich. (Sehr wahr! links.) Wenn der Separatismus so gefährlich anwachsen konnte, so war der Grund die unüberlegten Taten völkischer Geheimorganisationen, denen der Minister mit Recht entgegentrat. Diese völkischen Organisationen haben auch Unlaken gegen die eigenen Volksgenossen verübt. Eberings Politik hat sich als richtig erwiesen. Erschrocken bin ich darüber, daß uns die polnischen und litauischen Organisationen als Vorbild hingestellt werden, die mit Gewaltstreichen fremdes Gebiet eroberten.

Wie stellt man sich den Bürgerblock vor, wenn die Deutschnationalen eine derartige Außenpolitik empfehlen,

die man nur als nationalisierende Außenpolitik bezeichnen kann? (Sehr wahr! links.) Damit ruft man nur das Mißtrauen des Auslandes hervor. Den Schutz des Basch-Borings in Potsdam hat der Minister pflichtmäßig durchgeführt. Ueberaus richtig war die Haltung der Potsdamer nationalen Verbände, da Basch ein überzeugter Friedensfreund und kein französischer Nationalist ist. (Beifall links.) Die deutschnationale Presse hat im vorigen Jahr das Feuer geleitet, die Putsch in Rastatt und anderen Orten waren die Folge. Ich verstehe den Schmerz Geistes über das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Aber unerhört ist es, daß v. d. Osten sich die schmutzigen Angelegenheiten zu eigen macht. Mit Recht hat Häufigkeit Geistes einen Verleumdung genannt. Bei den nationalisierenden Organisationen ist es ja üblich, von sich auf andere zu schließen. Es ist

nachgewiesen, daß Hitler und auch andere Nationalisten französisches Geld genommen haben.

(Sehr wahr! links.) Das Reichsbanner wird bei Festigung der Republik dieselbe Rolle spielen wie feinerzeit der Rationalverein für die deutsche Bewegung. (Lebh. Zustimmung.) Wenn die „Deutsche Ztg.“ von einem „Reichsbanner-Kollekt“ schreibt und Kollege Bäder die Ueberschrift bringt: „Reichsbanner-Hege!“, so müssen wir uns das ernstlich verbitten. (Lebh. Zustimmung links.) Zu einer Widerlegung der Dawes-Bestimmungen werden wir nur durch die Politik der Verständigung kommen, aber nicht durch Putschpolitik eines „Bürgerblocks“. (Sehr wahr! links.) Auch zu einer früheren Räumung des Ruhrgebietes kommen wir nur durch eine demokratische Politik der Verständigung. Die Demokratie hat es in der Hand, Deutschland wieder aufzurichten, indem sie Vertrauen zu Deutschland erweckt und damit der europäischen Politik eine neue Wendung gibt. (Lebh. Beifall links.)

Abg. Heilmann (Soz.):

Die deutschnationalen Redner haben die Vorgänge bei den Sparkassen besprochen. Ich behaupte, daß von den Kreisparlamenten im letzten Jahre nicht 3 oder 4, die von sozialdemokratischen Landräten beauftragt wurden, sondern ein paar Hundert nicht rechnungsgemäß verwaltet worden sind, und daß in allen diesen Fällen, selbst wenn sie ziemlich schwer gelassen haben, die Aufsichtspflicht nicht eingeschritten ist, weil sie diese Fehler zugegeben hat mit dem Mantel der Inflationszeit. Zum Beweis dafür legt der Redner die Zurückweisung einer Beschwerde durch den Regierungspräsidenten in Breslau vor. Der Redner fährt fort: Ich habe nicht einen solchen Fall, sondern Dutzende, wenn auch nicht in den anderen Fällen so klar festgestellt ist, daß sämtliche Beamte des (nicht sozialdemokratisch geleiteten) Kreises sich persönlich an diesen Geschäften bereichert haben. Wir sind genau wie Sie besorgt um die Reinlichkeit in der Verwaltung. Aber wir mögen das System nicht, das Herrn v. Cohnen ja ganz treffend gezeichnet hat, als er die Verfassungsfeier malte: die eine Hälfte sitzt da mit gelbem Bleistift, stenographierfähig und paßt auf, daß auch das Wort Republik nicht etwa einmal zwiefel ausgesprochen wird. Tatsächlich ist es so: wo immer einer der neuen Beamten ins Amt kommt, da bildet sich sofort um ihn ein Kreis der alten Beamten und der

deutschnationalen Clique, die bemüht ist, jeden, auch den kleinsten Vorgang aus seinem Privatleben an die Öffentlichkeit zu ziehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), um ihm das Weiterarbeiten unmöglich zu machen.

Die Verleumdungen gegen Landrat Bülow-Franzburg gingen von einem gewissen Helm aus. Der Minister hat im Hauptauschuß mitgeteilt, daß dieser Helm zu 3 Monaten Gefängnis wegen Bekämpfung des Landrats verurteilt worden sei, was in Pommeren doch wirklich etwas bedeutet, wenn man wegen Bekämpfung eines sozialdemokratischen Landrats 3 Monate Gefängnis bekommt. Die Strafen des Helm sind inzwischen auf 21 Monate Gefängnis angewachsen. Es kommen auch Diebstahl, Unterschlagung und eine Reihe anderer Kleinigkeiten dazu. In der letzten Verhandlung hat das Gericht festgestellt, nach den eigenen Angaben des Helm, daß er

für jede seiner Verleumdungen gegen den Landrat Bülow 100 M. aus der Kreiskasse des Landbundes in Franzburg erhalten hat. (Stürmische Rufe: Pfui und Hört, hört! bei den Sozialdemo-

krate.) Nun soll ja — so hat uns Herr Dr. von Campe erklärt — ein Gehörhüt für die Beamten ausgerichtet worden sein, es soll jeder Beamte gezwungen worden sein — auch Herr von der Osten hat uns das heute gesagt —, persönlich an den Verfassungsfeiern teilzunehmen, seinen Urlaub zu unterbrechen, ja die Verfassungsfeier selber zu halten. Das sind fürchterliche Uebertreibungen. Ich habe in den pommerischen Zeitungen gelesen, daß der Herr Staatssekretär des Innenministeriums den 11. August auf dem Gute eines Freundes von ihm, eines gewissen Herrn Wesslers Hennig, verbracht hat, der im Jahre 1919 seinen Dienst dem Staate auf Grund der bekannten Ueberzeugungsklausel quittiert hat, weil er der Republik nicht dienen wollte. Als ich mal den Minister danach fragte, hat er mir gesagt, der Herr Staatssekretär braucht ja gar nicht hier zu sein, nur die Chefs der Behörden sind angewiesen, sich um die Verfassungsfeier selbst zu kümmern. Sie sehen, bei dieser Beitzzeitigkeit selbst gegenüber dem Staatssekretär wird man Ihnen im Lande nicht gut glauben, daß hier ein Gehörhüt, daß ein laudiales Joch ausgerichtet sei, ein Zwang auf die Gewissen ausgeübt werde. Freilich, wenn Herr Kollege v. Cohnen sagt, durch diese abschließende Verfassungsfeier würde der ganze Urlaubspian über den Haufen geworfen, dann erinnert das mich an einen Koalitionsminister, mit dem ich einmal über die Frage der Berufung eines Außenleiters in sein Ministerium

Die Dinteriade.



Umsonst Gezeter und Geflaut, Die hohe Fakultät tat kund: Des Arturs Stuhl ist ferngejund; Die Welt indessen lacht sich frank.

sprach und der mir das mit den Worten ableszte: Das kann ich unmöglich als Staatssekretär brauchen; ich brauche einen Mann, der aus meinem Ministerium herausgewachsen ist und der mir einen anständigen Urlaubspian aufstellen kann. (Große Heiterkeit links und auf der Ministerbank.) Ich habe den Eindruck, daß wie bei diesem Herrn Minister, der das freilich nicht im Ernst, sondern im Scherz gesagt hat, bei Herrn v. Cohnen der Urlaubspian im Mittelpunkt der amtlichen Tätigkeit steht. (Heiterkeit.)

Wenn aber Herr von der Osten gesagt hat, im alten Preußen wäre die Gefinnungsschnäffelei unmöglich gewesen,

so wundere ich mich doch über die Kühnheit einer solchen Behauptung, nachdem ich bei Besprechung dieser Frage im Hauptauschuß den Herren erzählt habe, daß ich vor meiner Anstellung als Referendar auf Veranlassung des Justizministers und des Kammergerichtspräsidenten gefragt worden bin, ob ich überzeugter Monarchist sei (hört, hört! links), und als ich mich schriftlich dazu erklärt und den Herren dargelegt hatte, ich sei zwar nicht überzeugter Monarchist, aber ich verpöchte, mich während meiner Referendarezeit jeder politischen Tätigkeit zu enthalten, ich wollte auch nicht Beamter werden, sondern nur die Vorbereitungszeit durchmachen, — daß mir da geantwortet wurde, daß auch zum Vorbereitungsdiens in Preußen nur ein überzeugter Anhänger des Königs hauses zugelassen werden dürfe. (Lebhaftes Hört, hört! links.) — Abg. von der Osten: Was gegenüber der Sozialdemokratie im alten Preußen durchaus herichtig war!

Wie liegt es mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold? Das Reichsbanner ist in einer Zeit gegründet worden, als der Terror der sogenannten nationalen Verbände uns in weiten Teilen des deutschen Ostens die republikanische Propaganda überhaupt unmöglich machte. (Sehr richtig! links.) Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mußte gegründet werden, um die Versammlungsfreiheit und die Wahlfreiheit vor dem Terror der „Deutschen Tage“ zu schützen. (Sehr richtig! links.) Ich gebe Dr. Heß vollständig zu: prinzipiell sind alle diese Verbände ein Fehler und ein Schaden. Aber mit dieser prinzipiellen Erkenntnis haben wir leider nicht aus der Welt schaffen können, daß „Junger“, „Stahlhelm“ und „Bismarck“ bestanden und ihren suggestiven Einfluss auf weite Kreise des Volkes ausübten. Dem mußte etwas entgegengestellt werden, sollte nicht auf die Dauer Deutschland die Republik ohne Republikaner werden. Der Minister hat zwar als Innenminister alle Organisationen gleich zu behandeln, aber wenn er als Privatmann das Reichsbanner fördert, so begrüße ich das, und wir sind ihm dankbar dafür. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Auf die Verleumdungen, daß das Reichsbanner keine Mittel aus irgendwelchen dunklen Quellen beziehe, gehe ich nicht ein; sie sind zu sehr unter unserer Würde, als daß man darauf überhaupt noch etwas erwidern sollte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn es aber so hingestellt wurde, als seien Stahlhelm und Junger etwas ganz Harmloses, so darf ich dies nicht daran erinnern, daß fast in allen Bundesstaaten — das meiste Material darüber habe ich aus Schleswig-Holstein — der

Stahlhelm mit Gewehr 98 übt.

Daß dieses Gewehr 98, wie Herr von der Osten behauptet, gegen Polen und Litauer gedacht sei, glaube ich ihm nicht; denn dieser Gedanke ist so unsinnig, daß ich ihn auch den verrücktesten Nationalisten nicht zutraue. Der Gedanke, daß das gefährliche Deutschland, das entwaffnete Deutschland, das Deutschland, in dem augenblicklich der Eintritt in den Bänderbund diskutiert wird, bewaffnete Freischärlerbanden ausschießt, um verlorengegangene Gebiete zurückzuerobern, der Gedanke steht auf demselben Niveau, wie der andere Gedanke von der Ostens, man hätte durch aktiven Widerstand den schmerzerleidenden Belgiern und Franzosen den Aufenthalt an Rhein und Ruhr unmöglich machen können. Da hört jedes Vertrauen an den guten Glauben auf; denn ein so kluger Mann wie Sie kann das unmöglich ernst nehmen.

Gegen die

Potsdamer Friedensversammlung

haben in der Rubrikierung die nationalen Verbände und die Kommunisten miteinander gewelleit und vereint gesucht. Herr von der Osten wollte die Versammlung verboten haben, weil Professor

Basch von Deutschlands Kriegsschuld geredet habe. Nach dem gestern in Potsdam Professor Basch erklärt hat, er habe das nie getan, begriffe ich nicht, wie Herr von der Osten als Ehrenmann an diesem Vorwurf festhalten kann. Nachdem Professor Basch auch gestern wieder erklärt hat, er solle kein Urteil über die Kriegsschuld, sondern überlasse es den Historikern, nach 50 Jahren zu entscheiden, welches Maß von Kriegsschuld den einzelnen Ländern zufällt, und er sei überzeugt, daß kein Land von Kriegsschuld frei sei, weil jedes Land seine Kriegsheber gehabt hätte, sehe ich keinen Grund, diesen höchst verständigen Franzosen hier nicht reden zu lassen. Sie fordern Aktionen in der Frage der Kriegsschuld. Sehen Sie einmal ein Blatt an wie den „Matrosenbasch“, dessen ganze vorige Nummer der Forderung gewidmet ist, es müsse in der Kriegsschuldfrage endlich etwas geschehen, und neben dieser Forderung stehen drei Gedichte, in denen klipp und klar ausgesprochen ist: Nur ein neuer Krieg mit Frankreich kann das deutsche Volk hochhalten (hört, hört! links), drei Gedichte, in denen ausdrücklich steht: Nur durch Blut kann Deutschland genesen, — drei Gedichte, in denen ausdrücklich steht: Mögen wir auch jetzt in den Bänderbund eintreten, der Tag kommt doch wieder, an dem wir den Franzosen die Hosen, die Rücken verbläuen! (Hört, hört! links.) Sie konstruieren, indem sie die alte Kriegsschuld aus der Welt schaffen wollen, schon eine neue für den nächsten, hoffentlich nicht kommenden Krieg.

Herr Regenborn hat angefragt, wie es möglich sei, daß so viele Ostjuden über die Grenze gekommen seien. Diese Frage habe ich mir auch oft vorgelegt. Ich glaube, ich habe das Rätsel gelöst. Vor zwei Jahren und auch im Vorjahr hatte Polen die Ausfuhr von Menschen, d. h. von landwirtschaftlichen Wanderarbeitern verboten. Die deutsche Landwirtschaft, d. h. der deutsche Großgrundbesitzer forderte aber ausländische Wanderarbeiter. Wir wissen, wie ungenügend Herr von der Osten wurde, weil er nicht genug davon bekam. (Sehr richtig! links.) Polen hatte nun deren Ausfuhr verboten. Sie wurden alle heimlich nachts über die Grenze geschafft. An der ganzen ober-schlesischen Grenze war ein großer

Schmuggel mit Landarbeitern.

und in diesen Landarbeiterlagern, die heimlich nachts über die Grenze wanderten, sind dann auch die polnischen Juden gewesen, die dann freilich nichts als Landarbeiter auf die Welt gegangen sind, sondern ihren Weg in die großen Städte eingeschlagen haben, wo sie in zahlreichen Fällen ein recht unerwünschter Zuwachs gewesen sind, wie ich durchaus zugeben möchte.

Run aber zum Kern der Sache! Es handelt sich wirklich nicht darum, ob der einzelne Landrat eine Verfehlung begangen hat, sondern es handelt sich darum, die

Gesamtlinie unserer Innenpolitik

zu finden, und Herr von der Osten hat auch darin das richtige Gefühl; diese seine Linie der Innenpolitik steht in enger Beziehung zur Außenpolitik, die gerade bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands das unbedingte Primat der Politik besitzt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man kann nun Politik treiben, wie Herr von der Osten will: im Innern Bänderblock mit scharfem Kampf gegen die sozialistischen und kommunistischen Arbeiter sowie nationale Verbände mit nationalisierender Gesinnung und Aufrüstung, und nach außen hin die Politik, die er uns als Realpolitik empfehlen hat, und die ich nicht einmal charakterisieren möchte. Das ist eine einheitliche Politik. Will man aber noch außen hin Erfüllungspolitik, dann muß man auch eine dementsprechende Innenpolitik betreiben. Erfüllungspolitik und nationalisierend gestimmter Bürgerblock, das sind zwei Dinge, die auf die Dauer unmöglich zu vereinigen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Kollege v. d. Osten hat nun gemeint, wenn das Zentrum von der großen Koalition nicht so leicht abzurufen sei, dann müsse man es mit der Religion, mit Kirche und Schule, mit den sittlichen Gütern und Prinzipien gründen machen. Herr v. d. Osten, das Zentrum weiß, daß die Trennung der Kirche vom Staat fordern; aber das Zentrum kennt auch unsere absolute Loyalität gegenüber jedem christlichen Glauben, und ich bin überzeugt, daß kein Zentrumspolitiker es vergessen hat, wie wir bereits in der Kaiserzeit zusammen im Reichstag für das Tolerationgesetz des Zentrums gekämpft haben. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Das Zentrum hat meiner Ueberzeugung nach nicht vergessen, daß keine kirchlichen Interessen von der Sozialdemokratie nie eine Beeinträchtigung erfahren haben und daß

wir unter voller Anerkennung der Freiheit des Glaubens jeder Menschen seine christliche religiöse Bestimmung jederzeit gelassen haben. (Sehr richtig! links.)

Ich glaube also, daß auch dieses Zugmittel, um die große Koalition auseinanderzutrennen, sich als nicht zu wirksam erweisen wird. Ich wenigstens habe nichts davon gehört, daß im Evangelischen Bund gerade Sozialdemokraten die führende Rolle im Kampf gegen den katholischen Klerus innehaben. (Sehr gut! links.) Herr v. d. Osten hat weiter gemeint, die gegenwärtig eingetretene Besserung werde nur vorübergehend sein. Ich glaube das nicht — nicht als ob ich prophezeien wollte, aber

ich bin überzeugt, daß die Deutschnationalen an einer dauernden Besserung glauben; sonst bräugen sie nicht so in die Regierung. (Große Heiterkeit und Sehr gut! in der Mitte und links.)

Die Besserung, die jetzt eingetreten ist, ist erreicht durch vernünftige Erfüllungspolitik und große Koalition. (Sehr richtig! in der Mitte und links.) und da,

wo andere gefäß haben, möchten jetzt die Herren Deutschnationalen gerne ernten. (Heitere Zustimmung.)

Das scheint mir den höheren Ansprüchen der Gerechtigkeit nicht zu entsprechen. (Große Heiterkeit.) Herr Kollege v. Cohnen hat gemeint, die Zukunft werde viel Staatsklugheit und politischen Takt erfordern. Er hätte sich diesen bösartigen Ausfall gegen keinen fraktionstallegen Garnisch doch sparen können. (Erneute große Heiterkeit und Sehr gut! links.) Aber Herr v. Cohnen hat recht; wir werden Staatsklugheit und politischen Takt dringend brauchen; wir werden eine klare einheitliche Linie der Politik brauchen. Da möchte ich die Herren von Zentrum einmal mahnen, auch die Handelspolitik in dieser Linie nicht zu vergessen. Wenn wir die große europäische Verdingungspolitik treiben wollen, die noch unserer gemeinsamen Ueberzeugung allein das deutsche Volk aufwärtsführt, dann müssen wir auch Frankreich, Deutschland und England als Wirtschaftsgebiet viel einheitlicher zusammenfassen, als das in der Kaiserzeit nötig war, wo wir unsere eigenen Kolonien und unsere eigenen Erzobststoffgebiete noch beiseite haben.

Wir müssen treiben: nach außen hin Bänderbündelpolitik, Erfüllungspolitik, Friedenspolitik und nach innen hin eine Politik der Ueberbrückung der Klassengegensätze

(Wachen und Zurufe rechts) — Ueberbrückung der Klassengegensätze, soweit das sochlich möglich ist. (Wah! rechts.) Daß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Kämpfe um Lohn und Arbeitszeit und andere soziale Fragen andauern werden, dazu brauchen Sie keinen Kommunisten zu fragen, das sagt Ihnen jeder Mann aus den christlichen Gewerkschaften. (Zuruf bei den Kommunisten: Was verstehen Sie denn darunter?) Ich verstehe darunter, daß die Schärfe der Kämpfe nicht so stark zu sein braucht, daß darunter die Möglichkeit eines vernünftigen politischen Zusammenwirkens zum Wohle des ganzen Volkes leiden muß. Das Muster dafür haben wir Ihnen in

der großen Koalition in Preußen gegeben, und wir glauben, daß wir mit diesem Minister für den ganzen deutschen Volk bestehen können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Heß (Z.) fragt den Abg. v. d. Osten, wo denn die Ueberzeugung der Deutschnationalen bei der Abstimmung im Reichstag geblieben sei. Er fährt fort: Wenn Sie (zu den Deutschnationalen) sich schützend vor Ludendorff stellen, was sagen dann die katholischen Mitglieder in Ihrer Fraktion dazu angesichts der wiederholten Angriffe Ludendorffs auf die katholische Kirche bis zu ihrer höchsten Spitze? Wenn Ludendorff beim letzten Zusammenbruch 1918 nicht mehr da war — er war in Schweden —, wo waren Sie (zu den Deutschnationalen) denn damals? Sie waren von der Bildfläche verschwunden und sind erst wieder aufgetaucht, als infolge der demokratischen Verfassung jeder in Deutschland frei und offen seine Meinung sagen konnte. In kultureller Beziehung trennt uns unsere grundsätzliche Auffassung von der Sozialdemokratie. Wir konnten nicht Gewehr bei Fuß stehen, sondern mußten mitarbeiten. Auf jedem Blatt der Reichsverfassung werden Sie auf kulturellem Gebiete die Spuren der Mitarbeit des Zentrums finden. Den Kampf gegen die Zentrumspartei haben Sie (zu den Deutschnationalen) endgültig verloren, und den Schlüsselpunkt unter Ihre Niederlage haben Sie gesetzt am 29. August.

Abg. Dr. v. Campe (D. Sp.) bezieht sich auf das Auftreten des Franzosen Bala in Deutschland als eine Herausforderung eines großen Teils des deutschen Volkes. (Widerpruch und Lärm links.) Daher wäre es das Beste, solche Vorträge zu verbieten. Herr Hellmann war ein Wolf im Schafskleid, wenn er, der Angehörige einer Partei, die den Klassenkampf immer noch kräftig betont, von einer Ueberbrückung und Abschwächung der Klassengegensätze spricht. Dem Abg. v. d. Osten gegenüber weist der Redner darauf hin, daß seine frühere Ernennung zum Regierungspräsidenten in den Kreisen der Rechten wegen seiner liberalen Bestimmung unliebsamer Aufsehen und Widerstand erregt habe. Die Deutschnationale Partei werde in einer Koalition viel Duldsamkeit lernen und üben müssen. Durch den passiven Widerstand hätte das gesamte Land wieder Achtung vor dem deutschen Volk bekommen, das sich in dieser Frage einig gezeigt habe. Dr. Helfferich habe gegen die Rentenmark schwere Bedenken geäußert, er habe eine Rentenmark schaffen wollen. Die — wenn auch nur „private“ — Unterstützung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ist außerordentlich bedenklich.

Abg. Brandenburg (Soz.) befragt als Mitglied des Bundesvorstandes des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold die Erklärung des Abg. Rusche, daß den Mitgliedern keine Handgelder gezahlt werden, und schließt sich der Kennzeichnung des Geistes, Geschäftsführer der vaterländischen Verbände, als eines Verleumders und Ehrabschneiders an.

### Innenminister Seering:

Alles, was hier die Herren Milberg und Dr. Regenborn vorgebracht haben, ist bereits im Ausschuss vollständig widerlegt worden; dennoch haben sich die beiden Herren nicht geschämt, im Plenum diese widerlegten Behauptungen zu wiederholen. Ich soll auf dem Wege der Landgemeindeordnung die Amtsvorsteher sozialdemokratisch machen wollen, das ist heute noch Herr v. d. Osten von neuem behauptet; er meinte, im Osten könnten Schreier und Hejer doch Erfolg haben. Hier liegt ein logischer Schnitzer vor. Es gehört zu einem solchen Schluß wirklich eine hahnenhüchene Phantasie. Heute endlich, am 7. Oktober 1924, hat sich Herr v. d. Osten rückhaltlos zu meinen Grundthesen über die Aufrechterhaltung der Staatsautorität bekannt. (Große Heiterkeit.) Hätten er und seine Freunde schon in den letzten Jahren so gedacht, wir hätten weder den „Wermolt“ und die anderen „vaterländischen Verbände“ noch auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bekommen. In meinem privaten Eintreten für das letztere befinde ich mich in der allerbesten Gesellschaft, in der des Reichstanzlers, des badischen Staatspräsidenten usw. Neu war auch mir, daß die Rettung der Republik im Herbst 1923 dem Eintreten und der Selbstbeherrschung der „vaterländischen Verbände“ zu verdanken gewesen sein soll. — Herr v. d. Osten hat von der „Energie der Potsdamer Bevölkerung“ gesprochen, das es gelungen sei, die Potsdamer Friedenskundgebung zu einer „tätigen kleinen Versammlung“ herabzubringen. In Wirklichkeit hat diese „Energie“ und haben alle, die die Kundgebung verhindern wollten, eine Niederlage erlitten. Was hat in Potsdam gesprochen! Was ist in der Wahlbewegung in Elberfeld gesprochen worden, was dort jetzt verteilt, auf denen zu lesen stand, mein Ausreifen sei eine Propaganda. (Zurufe rechts: Karfreitag! Am Karfreitag haben Sie gesprochen!) Ja, wenn das ein Vorwurf sein soll, trifft er dann nicht auch die deutschnationalen Redner? Die Potsdamer Versammlung war keine unter freiem Himmel, sie bedurfte daher nicht der Genehmigung, wie die in Ostpreußen, auf die v. d. Osten wieder zurückkommt. Das

### Mißtrauensvotum gegen mich

begündet v. d. Osten damit, daß mir die Liebe zum Staat abhanden gekommen sei. Liebe zum Dreiklassenstaat, zum Staat von vor 1914 empfinde die Sozialdemokratie nicht; sie hat aber den Burgfrieden ehrlich gehalten, während Sie (nach rechts) alles geknallt haben, ihn zu stören und zu zerstören, während Sie von einer sozialdemokratischen Suberwirtschaft und von mir als den Minister des Klassenkampfes, des Marxismus gesprochen haben. Der Klassenkampf ist eine geschichtliche Notwendigkeit. (Stürmischer Widerspruch rechts.) Die

### Landbundleute sind viel radikalere Marxisten als die Gewerkschaften.

Keine Klasse vertritt ihre materiellen, ihre wirtschaftlichen Interessen so rücksichtslos wie der Landbund. Ich bemühe mich, es in meiner Verwaltung allen Parteien recht zu machen. Ich fasse das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen als einen Beweis dafür auf, daß ich auf dem rechten Wege bin. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Meiser-Ostpreußen (Komm.) bezeichnet alle hier gehaltenen Reden, einschließlich der des Ministers, als Wahltreden. Die Sozialdemokratie sei bereit, mit den Deutschnationalen in eine Regierung einzutreten, und die Deutschnationalen hätten sich grundsätzlich schon dazu bereit erklärt. Bei allen Parteien habe der Ruhm um Regierungsposten begonnen. Die Erfüllungspolitik werde in den nächsten Monaten und Jahren der Arbeiterklasse schwere Leiden auferlegen. Und die Sozialdemokratie habe mit Schuld daran.

Kunmehr wird die Beratung unterbrochen, und das Haus geht über zur Schlußabstimmung über den Gesetzentwurf zur Veränderung des Wahlrechts-Wahlprüfungsgesetzes (Wahlprüfungsgesetz).

Der Gesetzentwurf wird laut Feststellung des Vizepräsidenten v. Kries mit Zweidrittelmehrheit angenommen. (Er ist verfassungsändernder Natur.)

In der fortgesetzten innepolitischen Debatte sagt Abg. Veder-Potsdam (D. Sp.), von der Linken mit Rufen: Der Geist von Potsdam und Huhu-Rufen begrüßt, daß der Franzose Bala durchaus keine Friedensrede, sondern eine Hezrede gehalten habe. Die Potsdamer Volkzeitung habe sich am Montag sehr zurückhaltend benommen, während die Berliner Volkzeitung rigoros aufgetreten sei. Eines sei erfreulicherweise erreicht worden: Bala habe keinen Lärm und seine Hezrede nicht in öffentlicher Versammlung halten können. Unerbört sei es, daß ihm ein Volksgesandter zur Verfügung gestellt wurde. Die Rede könne nur als Broccofantazie bezeichnet werden.

### Damit ist die erste Beratung beendet.

Es folgt die zweite Beratung des Polizeihaushalts. Die Berichterstatter verzichten. Die Besprechung der zahlreichen wachen Anträge wird beschlossen.

Abg. Schubert (Soz.) bezeichnet Fürsorge für die im Ruhrgebiet entlassenen Schupobeamten als notwendig. Die Schutzpolizei wie die

Grenzpolizei müsse so bezahlt werden, daß sie nicht Tag für Tag hungern müsse. Es müsse anerkannt werden, daß die Beamten trotz ihrer Notlage allen an sie heranreichenden Versuchungen und den Bemühungen, sie zur Obstruktion zu veranlassen, widerstanden hätten.

Abg. Stiller (Z.) wendet sich gegen die Verherrlichung der Schweinerei auf manchen, auch größeren Bühnen. Er fordert

energische Bekämpfung des Zuhältertums, der Hauptquelle des Verbrechertums. Die Maßnahmen der Verkehrsbehörde, ihre Veruche zur Regelung des Verkehrs, sollen nicht lächerlich gemacht werden.

Es sprach noch die Abg. Hofeloff (Dnat.), Meinhof (D. Sp.) und Dr. Meiser-Ostpreußen (Komm.), worauf die Weiterbesprechung auf heute, Mittwoch, 11 Uhr, vertagt wird.

# Agrarpreise und landwirtschaftliche Produktionskosten.

## Die „Schere“ schließt sich.

Die Schutzollforderungen der Großlandwirtschaft gingen davon aus, daß zwischen den Preisen für landwirtschaftliche Betriebsmittel und denen für landwirtschaftliche Produkte in der Zeit der schärfsten Geldknappheit eine große Spannung bestand. Man gedachte dabei gern das Bild der Schere, deren Schnitt-

flächen auseinanderklaffen. Daß dieser Zustand durch die Haufe am Getreidemarkt und durch die Preissteigerungen für Vieh und Fleisch längst überwunden ist, wird von der agrarischen Presse peinlich verhängelt.

Ran veröffentlicht die preussische Hauptlandwirtschaftskammer regelmäßige Zusammenstellungen über die Preisgestaltung für landwirtschaftliche Produkte, Betriebsmittel und über die Kleinhandelspreise. Wir bringen diese Zusammenstellung für den Monat September. Sie beweist, was schon oben gesagt wurde, nämlich, daß im Laufe der letzten Monate die anormale Differenz zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreisen ausgeglichen hat. Man vergleiche insbesondere die Zahlenangaben in den Spalten e und f, aus denen hervorgeht, daß im Laufe des Monats September die Preise im allgemeinen wesentlich höher gelegen haben, als im August. Roggen ist im letzten Monat bereits um 22 Proz. über dem Vorkriegspreis. Er ist inzwischen noch weiter wesentlich im Preise gestiegen. Die Kartoffelpreise, die für den September bei Erzeuger noch mit 1,66 Mark angegeben werden, sind mittlerweile ebenfalls über den Vorkriegsstand hinausgegangen.

Allerdings sind die Waren im Kleinhandel auch nach der vorliegenden Aufstellung verhältnismäßig immer noch wesentlich teurer als die Erzeugerpreise gestiegen sind. Teilweise ist das eine Folge der umfangreichen Belastung. In einem anderen Teile rührt jedoch diese Spannung daher, daß die Warenverteilung unrationell betrieben wird. Das sollte für die Verbraucher ein starker Antrieb sein, durch Zusammenschluß in Konsumvereinen die möglichst wirtschaftliche und profitlose Warenverteilung anzustreben.

Zusammenstellung der Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel und Erzeugnisse sowie für Lebensmittel im Kleinhandel — Parität Berlin — September bzw. August 1924 verglichen mit 1913. Aufgestellt von der Pr. Hauptlandwirtschaftskammer Berlin.

September 1924		a	b	c	d	e	f
I. Dollar						4,30	100,00
II. Frachten						0,90	100,00
III. Landwirtschaftliche Betriebsmittel:							
Stroh	V	158,11	21,40	100,00	100,00		
Schles. Großstein Kohlen	V	94,34	31,43	100,00	100,00		
Mais	V	7,58	9,04	117,94	100,00		
Superphosphat	V	0,38	0,45	122,29	100,00		
Tomatenmehl	V	0,39	0,39	113,12	100,00		
Ammoniak	V	1,22	1,09	82,79	100,00		
40% Kaliumsulfat	V	0,254	0,250	102,19	100,00		
40% Kaliumsulfat	V	1,78	2,33	131,46	100,00		
Säure u. Weizen	V	31,11	74,20	241,20	100,00		
Gasöl	V	2,0	27,50	1375,00	100,00		
IV. Landwirtschaftliche Erzeugnisse:							
Roggen	E	5,22	9,90	120,21	100,00		
Kartoffeln	E	2,00	1,65	82,50	100,00		
Butter	E	1,28	1,72	134,38	100,00		
Schinken	E	42,73	33,00	77,23	100,00		
Schweine c.	E	45,93	61,50	134,12	100,00		
V. Lebensmittel-Kleinhandelspreise:							
Brof	K	0,14	0,15	107,14	100,00		
Roggenmehl	K	0,18	0,20	128,10	100,00		
Kartoffeln	K	3,50	3,29	93,71	100,00		
Butter	K	1,40	2,62	187,14	100,00		
Margarine	K	0,90	0,88	97,78	100,00		
Hendelach	K	0,82	1,00	121,95	100,00		
Schmalz	K	0,76	1,05	138,16	100,00		
VI. Erzeugnisse der Gärtnerei und Fischerei:							
a) im Großhandel:							
Möhren	U	3,50	3,30	94,29	100,00		
Pflanz	U	19,00	12,30	65,26	100,00		
Schellfisch	U	30,00	47,74	159,13	100,00		
b) im Kleinhandel:							
Möhren	K	0,07	0,08	114,29	100,00		
Pflanz	K	0,40	0,38	95,00	100,00		
Schellfisch	K	0,44	0,62	140,91	100,00		

a = Menge; b = Preis; c = Preis 1913; d = Preis September 1924; e/f = 1913 = 100; g = Sept. 1924; h = August 1924. V = Vorkaufspreis an den Landwirt; E = Erzeugerpreis; K = Kleinhandelspreis; U = Großhandelspreis.

### Der Typus Castiglioni.

gp. Wien, 6. Oktober.

Wenn der Fall Castiglioni weit über die Grenzen Oesterreichs ein solches Aufsehen erregt, so nicht etwa wegen der wirtschaftlichen Folgen, die der Zusammenbruch dieses reichsten Mannes in Oesterreich haben kann, auch nicht wegen der Bedeutung, die Castiglioni im Betriebe des Kapitalismus gehabt hat, sondern weil dieser Fall in der Geschichte des modernen Kapitalismus typisch ist. Nicht die Person des wäldischen Robbiersohnes aus Triest, der es zu einem selbstlosen Reichthum gebracht hat und schließlich wieder zusammengebrochen ist, ist es, was dem Fall Castiglioni eine solche Bedeutung verleiht und in den weitesten Kreisen Interesse erweckt, sondern der Typus des waghalsigen Spekulanten, der über Reichen hinweg schreitet, aus dem Blut und dem Elend einer Welt Reichthümer holt und schließlich, nachdem er zusammengebrochen ist, noch immer als kostbares Besitztum zweier Staaten und als Mitwisser so vieler Geheimnisse bei der Justiz Wilde findet.

Castiglioni unterschied sich von den Finanzleuten, die, wie die Rothschilds, in Kriegzeiten ihr Vermögen ins Gigantische vermehren, und er unterscheidet sich ebenso von den großen Industriemännern, die, wie die Stinnes, mit genialem Blick die Industriekonjunktur im Krieg witterten. Auch diese haben schließlich ihre gewaltigen Reichthümer der glücklichen Spekulation zu verdanken. Aber Castiglioni war kein Industriemagnat, kein Finanzmann, der das Geschäftswesen hatte, er war nichts als ein Spekulant, wie sie bei Kriegsbeginn in Massen auftraten, die Reis kauften, ehe er selten wurde, und Sardinien, ehe sie vom Markt verschwand, die mit allem handelten und an den rapiden Preissteigerungen verdienten, die dann in der Inflationszeit an der Geldentwertung ebenso verdienten. Genau so ein Spekulant, wie alle diese kleinen Spekulanten, die dann die neuen Reichthümer wurden, war Castiglioni, nur in ganz gewaltigem Maßstab. Vor dem Krieg war er ein kleiner Händler mit Automobilsreisen, der es auf diesem Wege vielleicht nicht sehr weit gebracht hätte. Aber da kam der Krieg, die große Zeit für die Leute wie Castiglioni. Er wurde Kriegslieferant und lieferte alles, was die Armee brauchte, alles, was er aufreiben konnte. Daß die Automobile und die Flugzeuge, die er lieferte, gegen seine Pensionsheute, die Italiener, verwendet wurden, läßt ihn nicht. Hätte er den Italienern Kriegsmaterial liefern können, hätte er es auch nicht aus Patriotismus getan, sondern wegen des Geschäfts. Mit dem Geld, das er verdiente, kaufte er Sachwerte, Fabriken, Eisenhütten, Bergwerke oder eigentlich nicht Fabriken, Hütten und Bergwerke, sondern Anweisungen auf diese Unternehmungen, Aktien. Denn ihn interessierte ja nicht, was in diesen Unternehmungen erzeugt wurde, sondern nur, wie die Werte dort steigen würden. Es ist nicht einmal sicher, ob er nur ein einziges Mal in einem dieser Betriebe war, die er da zusammengekauft hatte. Mit demselben Eifer hätte er, wenn etwa die Konjunktur anders gewesen wäre, à la baisse gespielt, wie er à la hausse spielte.

Die eigentliche Konjunktur aber kam für ihn erst nach dem Krieg. Vor allem konnte er nun seine Zugehörigkeit zur italienischen Nation ausnützen. War er früher schon bei den österreichischen Fiatwerken ein mächtiger Mann gewesen, so drang er jetzt in die italienischen Fiatwerke ein, gewann dadurch Einfluß auf die italienische Eisenindustrie und kam in Verbindung mit den italienischen Banken — und mit der italienischen Diplomatie. Denn von nun an konnte er seine Geschäfte in Oesterreich unter dem besonderen Schutz des italienischen Militärs durchführen, der in den ersten Jahren nach dem Krieg der eigentliche Herr in Oesterreich war. Nicht nur stellte ihm dieser General Segre seinen diplomatischen Schutz zur Verfügung, sondern auch seinen Kurierzug, mit dem so manche Vermögensstücke den Weg über die Grenze fanden. Aber daneben konnte auch sein Genie sich entfalten. Mit wahrhaft genialem Blick erkannte er die Konjunktur der Inflation und machte Schulden über Schulden. Gegen Kredit kaufte er nun die reichsten Vermögenswerte auf, deren sich die alten Reichen aus Furcht vor dem Bolschewismus entäußerten. So erwarb er das Stohlwert in Terni, so erwarb er zusammen mit Stinnes die Alpine Montanengesellschaft, die ihn faktisch eine Lappasse kostete. Und immer weiter dehnte er seine Geschäftsbeziehungen aus: nach Böhmen ebenso wie nach dem Osten.

Geradezu sein System war es aber, wie er die Depostenkant, die ihm in die Hände gefallen war, ausnützte, indem er mit ihrem Geld die gewogsten Spekulationen unternahm, die Geschäfte, die gut ausgingen, für sich abschloß, die anderen auf Rechnung der Bank schrieb. Das Spiritusgeschäft, das den Hauptgegen-

stand der Finklage gegen ihn bildet, ist nur das Kräfteste, nicht das einzige dieser Art. Die Depostenkant hatte mit zwei anderen Firmen einen Syndikatsvertrag zum Vertrieb von Spiritus abgeschlossen. Eines Tages aber trat die Bank ihren Anteil an den Investment Trust in Zürich ab, deren einziger Aktionär Castiglioni war. Nicht weniger als 40 Millionen ö. S. (5 Millionen Goldmark) sollen dabei verdient worden sein. Mit der „Sanierung“ hörte die Inflation auf, aber dafür begann jetzt die Börsenkonjunktur bei den Effekten, also wieder eine Gelegenheit für Castiglioni. Nun stand er auf dem Gipfel seiner Macht. Minister und Politiker verkehrten bei ihm und die christlichsozialen Führer ließen sich mit ihm in Gründungen von Banken und anderen Unternehmungen ein, wie die arische „Steirerbank“ des christlichsozialen Bundeshauptmanns Dr. Kienlein bewies.

Aber damals begann auch bereits sein Niedergang. Die Aktien, die von Tag zu Tag stiegen, hatte er nach seinem bewährten System zum großen Teil gegen Kredit gekauft. Als aber vor einem Jahr die Börsenkonjunktur umschlug, fielen seine Papiere auf einen Bruchteil ihres Wertes, aber die Schulden, die er dafür gemacht hatte, mußten hoch verzinst werden. Da kam die Katastrophe des Franks und Castiglioni stürzte sich auf diese Gelegenheit, wieder wie vorher beim Zusammenbruch der Krone und der Mark reich zu werden. Diese Frankenspekulation gab ihm den Rest. Nun möchten die Agenten Castiglionis daraus das Argument ziehen, ihn vor der Strafe zu retten, indem sie behaupten, wenn er beurteilt würde, würde das den größten Schaden für Oesterreich bedeuten, weil dann die italienische „Banca Commerciale“, die jetzt seine Sanierung betreibt, sich zurückziehen würde, wodurch die von Castiglioni finanzierten Unternehmungen zugrunde gerichtet würden. Aber schon seit einem Jahre hat Castiglioni die meisten Aktien verkauft, um die Zinsen seiner Schulden zu zahlen und die dringenden Verpflichtungen aus der Frankenspekulation zu decken. So sind namentlich die Aktien der Alpen Montangesellschaft zum größten Teil verkauft oder verpfändet. In den großen Unternehmungen sah Castiglioni schon lange nicht mehr auf Grund seines Aktienbesitzes, sondern nur als Mandatar anderer Gesellschaften. Die österreichische Industrie würde wahrscheinlich auch davon nicht gefährdet werden, wenn sich die Banca Commerciale zurückzöge, wobei nicht übersehen werden darf, daß diese italienische Bank sich nicht aus Liebe zu Oesterreich an der Sanierungsaktion beteiligt, sondern weil sie hofft, auf diese Weise mit Hilfe der von Castiglioni verpfändeten Aktien in der österreichischen Industrie zu einer Machtposition gelangen zu können.

So ist der Fall Castiglioni auch in seinem letzten Akt, in dem Druck auf die Justiz, typisch.

Bevorstehender Personalwechsel in der Reichsbankleitung. Ezz. v. Glanapp, der Vizepräsident der Reichsbank, wird nach der Umwandlung der Reichsbank wegen vorgerückten Alters aus dem öffentlichen Dienst ausscheiden.

Ankauf eines Rittergutes durch die Anhaltische Regierung. Das Anhaltische Staatsministerium hat das im Anhaltischen Harz gelegene Rittergut Eipenfelde zum Preise von 188 000 Goldmark gekauft. Die Regierung beabsichtigt die Schaffung einer großen Weidewirtschaft zur Förderung der Pferde- und Rindviehzucht. Der größte Teil wird an den Kreis Wollstedt verpachtet werden, der die Verpflichtung übernehmen muß, zwei Drittel des Gutes zu Weidewirtschaft umzuwandeln. Das restliche ein Drittel ist zur Schaffung einer Musterlandwirtschaft für Kleinbäuerliche Betriebe hergestimmt.

Die Firma Stinnes hat mit der norwegischen Regierung Verhandlungen über die Errichtung elektrotechnischer Werke an der Westküste Norwegens abgeschlossen.

Der Hollandablauf des Ruhrkohlenhandels, der nicht nur den Verkauf nach Holland selbst, sondern auch auf den Wasserwegen nach Hamburg, Bremen und Berlin umfaßt, wird in dem wiedererrichteten Ruhrkohlenhandelsrat neu organisiert. Die Schungen des Syndikats sehen vor, daß die einzelnen Zechen eigene Verkaufsgesellschaften für Holland errichten dürfen. Die Mehrheit der Zechen hat sich jedoch entschlossen, die dem Ruhrkohlenhandelsrat gehörige Steinkohle-Handelsvereinigung mit dem Vertrieb zu beauftragen. Bei dem Abfall in Hamburger Revier, soweit er an Abnehmer erfolgt, die am Wasser liegen und in Schuten empfangen, sollen diejenigen der dem Hamburger Revier beizutretenden Zechen, die dort eigene Einrichtungen besitzen, im Verhältnis der Leistungsfähigkeit derselben beschäftigt werden. Mit dieser Maßgabe hat sich die große Mehrheit der Zechen dem Hamburger Revierkohlenrat angeschlossen.